SDS - KORRESPONDENZ

Nr. 5 Januar 1967

LOKALER NOTSTANDSKAMPF

SOZIALISTISCHE SCHÜLER

und andere

DISKUSSIONEN AUS DEM SDS

Inhalt

Herausgegeben vom Bundesvorstand des Sozialistischen Deutschen Studentenbundes (SDS)
6000 Frankfurt am Main, Wilhelm - Hauff - Str. 5, Telefon 77 64 22

EINLEITUNG

Obenan steht in dieser Korrespondenz der Rücktritt unserer Schulungsreferenten. Wir bedauern deren Entscheidung zutiefst, können sie aber nachvollziehen; die Begründungen ihres Rücktritts, soweit sie sich auf die Resonanz des Verbandes auf das Schulungsprogramm beziehen, sind eher unter- als übertrieben; wir könnten leicht jedem Referenten veim BV, jedem Gruppenvorsitzenden und jedem Mitglied des SDS eine Reihe weiterer Begründungen für ihren Rücktritt bzw. Austritt liefern. Für wissenschaftlich so ambitionierte und politisch so wenig ambitionierte SDS-Mitglieder wie Reiche und Gäng ist das Schulungsprogramm als zu verwirklichende, selbst gestellte Aufgabe des SDS eine entscheidende Voraussetzung für ihre Kandidatur zum BV gewesen. An uns selbst müssen wir aber Kriterien anlegen, nach denen wir unsere Genossen leider nicht zwingen können: Wir werden erst zurücktreten, wenn es offenbar werden sollte, daß der SDS für absehbare Zeit nicht mehr so stark wird werden können, daß er sich ein Schulungsprogramm schafft. Das heisst mit den Worten des höchsten souveränen Organ des SDS: Wenn sich der SDS endgültig als unfähig erweist, sich selbst mit Hilfe eines Schulungsprogramms "durch Stärkung seiner Organisation, durch Verbesserung seiner Kommunikationslinien und durch die Hebung des Bewußtseinsstandes seiner Mitglieder nach innen zu konsolidieren, damit seine nach außen gerichtete Politik an Effektivität gewinnen kann".

Daß der SDS auch nur einen Hauch von seinem Schlungsprogramm ergriffen hätte, kann man nur dann sagen, wenn man als Ausgangspunkt Semptember 1966 einen völlig lahmliegenden, unkoordinierten und unkonsolidierten Verein nimmt. Unsere Schulungsrefereten hatten mit ihrem Entwurf dem SDS ein Angebot gemacht, sie wollten mit einer ganz bestimmten Konzeption an den Verband herangehen, und als sich der Verband dieser Konzeption unfähig erwies (oder um es zynisch zu sagen: unwürdig erwies), haben sie diesen Verband fallen lassen. Der SDS ist nicht zu unkonsolidiert, um noch zu einer zentralen Schulung fähig zu sein, er ist auch nicht zu blöd für dieses Minimalprogramm, das wir in der SDS-Korrespondenz Nr. 4 vorgelegt haben, schulungssüchtige Genossen gibt es weiß Gott genug bei uns. Der SDS hat auch nicht zu wenig Genossen, die ausgebildet genug wären, diesen oder einen verbesserten Programm-Entwurf auszuformulieren. Aber die Gemeinschaft der Lehrenden und Lernenden ist heute selbst im SDS mehr Ideologie als an einer bürgerlichen Institution wie der Freien Universität Berlin.

Das Ensemble SDS war in diesem Vierteljahr zu schwach für jedes Schulungsprogramm. Wann und wie wird sich das ändern? Wir wollten den SDS ändern, indem wir ihm ein Schulungsprogramm gaben; was müssen wir am SDS ändern, damit er ein Schulungsprogramm erhalten kann?

Den Genossen Deppe und Steinhaus ist der Vorwurf nicht zu ersparen, dass sie sich einen etwas zu abstrakten Begriff von der Schulung im SDS gemacht haben; sie haben sich diesen Begriff nicht ausdauernd und nicht liebevoll genug von der stellenweise erbarmungswürdigen Realität des SDS korrigieren lassen. Sie haben mit ihrem Programm vor der Lustlosigkeit und dem ausgehenden Feuer "der Alten", vor der Passivität und Schwäche "der Jungen" und vor den abstrakten Negationen und Kritiken der "Pathologen" kapituliert. Wir können das wirklich verstehen; es ist nicht leicht, vor diesem Konglomerat nicht zu kapitulieren und die "Eigenpolitik" des letzten Bundesvorstandes, die diesem den Vorwurf der Verbandsferne eintrug, scheint vielen der Besonnensten im SDS als die einzige Lösungsmöglichkeit in dieser Situation.

Wenn es uns nicht gelingen sollte, unsere Genossen zur Aufhebung dieses Rücktritts zu bewegen, werden sie in die Geschichte des SDS nicht als gescheiterte Schulungsreferenten sondern als gescheiterte Schulungsprogrammreferenten eingehen müssen. Das würe eine Kritik, die an ihnen stellvertretend für die Kritik an einen ganz bestimmten Typ der SDS-Theoretiker geübt werden müsste. Wozu sollten wir auch dieabstrakte Einheit SDS kritisieren?

Sollten wir unzählige Beispiele anführen, daß z.B. in Göttingen ein wohlverdienter langjähriger Alt-Genosse jetzt aus dem SDS austritt, nachdem er sich zwei oder drei Jahren um die "Jungen" nicht gekümmert hatte, sondern in Spitzen-Zirkeln theoretische Feinheiten verbraten hatte, - jetzt austritt, weil er "den SDS nicht mehr versteht", weil die "Jungen" aus Göttingen sich um einen anderen zugereisten Älteren scharen, den jener Austreter politisch und/oder theoretisch nicht akzeptieren kann und ihm die Kraft fehlt, sich mit ihm auseinanderzusetzen? Daß der Berliner SDS auf der Delegierten-Konferenz groß das Maul aufgerissen hat, welche Punkte zum Schulungsprogramm von ihm übernommen würden; - und im November war es für Berlin gestorben, weil es "abstrakt", "anachronistisch" und "autoritär" war, weil es "den bestehenden Wissenschaftsbetrieb reproduziert", weil "es bloß für die ist, die es schon kapiert haben (die Großen oder die großen Gruppen) und vor denen ja doch nicht kapiert wird, für die es gemacht sein soll (die Kleinen oder die kleinen Gruppen")? Oder sogar: daß unsere Stuttgarter TH-Gruppe in größter Anstrengung und mit Zusammenscharren aller verfügbaren Kräfte unter Zugrundelegung des Entwurf zum Schulungsprogramm jetzt einen Arbeitskreis konstituiert hat, aber nicht weiter kommt, weil unsere früheren Schulungsreferenten ihnen keine Bibliographie für ihren AK gemacht haben - weil die Durchführung des Programms "noch nicht so weit" ist, weil der Grundarbeitskreis ja erst im Sommer 1967 angewendet werden sollte?

Die außerordentliche Delegiertenkonferenz wäre mithin fällig. Wir werden aber einem SDS keine aoDK anbieten, der unfähig ist von ihr politisch sinnvoll Gebrauch zu machen. Das ist zur Zeit noch der Fall. Und wir werden nicht zurücktreten, solange das Gesamtresultat der politischen Handlungen des SDS noch über die Gesamtheit seiner heterogenen Verfassung hinausweist. Verringerung des letzteren zugunsten der Vergrößerung der ersteren ist unsere allgemeinste Zielformel.

Die Heterogenität des SDS, selbst in seinen von der DK am unproblematischsten (weil am weitesten ausdiskutiert) formulierten Äußerungen, ist erschreckend groß. In einer Gesamtanalyse der Leistungen des SDS ist der Stand des Schulungsprogramms nur ein Faktor unter anderen, wenn auch heute der sichtbarste. Die Arbeit der Antinotstandsopposition auf lokaler und regionaler Ebene zeigt dieselbe Unklarheit und Unverbindlichkeit: Die Lösungsangebote aus der Arbeit der Gruppen reichen von der Minimalformel, "daß es uns jetzt um die Verteidigung der formalen Demokratie zu tunsein muss", die dem schreibenden Genossen gerade noch realistisch erscheint, bis zum abstrakten Appell, daß unsere Rolle in der Notstandsopposition "Einheit im Widerspruch" zu sein habe. Zu der begrifflichen Klarheit und politischen Einheitlichkeit, von der wir so oft reden, haben wir uns bislang noch nicht durchgearbeitet. Gleichwohl enthält der Beitrag aus Bonn einen beachtenswerten Ansatz zur Analyse der Rolle der Industrie in der Notstandsgesetzgebung, der zur unmittelbaren Weiterarbeit anregen sollte.

Gedanken aus dem Bundesvorstand des SDS über die Gründung einer sozialistischen Schülerorganisation sind bedauerlicherweise über uns bislang noch verborgene Kanäle andie Öffentlichkeit

gelangt; für die noch nicht informierten Genossen haben wir neben den Diskussionsbeiträgen den entsprechenden Passus aus dem Rundschreiben Nr. 5 des BV abgedruckt.

Die Ereignisse in Berlin haben einigen Staub im Verband aufgewirbelt. Und zwar nicht allein die Aktion gegen den Rektor der FU und die beiden Demonstrationen im Dezember (gegen den Vietnamkrieg und gegen das Vorgehen der Polizei), sondern auch die gegenwärtigen theoretischen Auseinandersetzungen in Berlin, die mit diesen Aktionen assoziiert werden. Diese Verbindung ist nur zum Teil richtig, nämlich so weit es sich um Personalunion der beteiligten Genossen und Nichtgenossen handelt. Falsch jedenfalls ist die Hypothese, es handle sich bei den in Berlin praktizierten Demonstrationsformen um Implikate der einen oder anderen theoretischen Richtung: Schon bei früheren Demonstrationen wurden diese Formen teilweise erprobt, daß sie jetzt konsequenter angewandt werden als früher ist Resultat langer Auswertungen nach jeder Demonstration, insbesondere der Demonstration gegen die Aufführung des Filmes Africa addio. Kernpunkte der theoretischen Auseinandersetzungen in Berlin, die die gesamte Aktivität des Berliner Landesverbandes zeitweise zu hemmen drohten, können wir in dieser Korrespondenz leider noch nicht veröffentlichen - detaillierte Äußerungen aus Berlin liegen dem Bundesvorstand bislang noch nicht vor. Zum Kristallisationskern zur Überwindung der heterogenen Tendenzem im SDS (für die der Berliner SDS zuletzt das deutlichste Beispiel nur deshalb lieferte, weil er eine aktive Gruppe ist) kann die politische Linie werden, die der Berliner Landesverband mit seiner hochschulpolitischen Resolution (siehe Punkt IV, Ziff. 5) für sich bestimmt hat. In ihren stringentesten und begrifflichsten Argumentationen ist sie in bestimmter Weise die Resolution, die wir auf der letzten DK noch nicht zustande gebracht haben; in den leichtgläubigen Formulierungen, mit denen sie aud antikapitalistische Strukturreformen setzt, gerät sie indirekt wieder in die Gefahr, "hinter herum" ein "neues" revolutionäres Subjekt zu setzen. Vor dessen neuen Enttäuschungen wollen wir uns bewahren.

In dieser Korrespondenz noch nicht diskutiert wird der Komplex der theoretischen Diskussion und der Ansätze zu einer praktischen Organisation, der sich in den außerstudentischen sozialistischen und anderen linken Gruppierungen als Reaktion auf die Formierung der Großen Koalition herausgebildet hat. Als bestimmend für den SDS in der nächsten Zeit wird sich aber das Dreiecksverhältnis herausbilden: In dem Maß, in dem die Organisierung der außeruniversitären Opposition praktische Formen annehmen wird, werden Kräfte des SDS frei für die Konzentration auf seine politischen Aufgaben an der Hochschule. Gleichzeitig mit dieser Organisierung aber werden dem SDS auch politische Kräfte (zunächst als Individuen) entzogen. Und gleichzeitig mit seiner Konzentration auf den gesellschaftlichen Sektor Hochschule werden neue Formen des politischen Handelns von uns angewendet werden, die mit der Organisierung der Schüler wieder in einem direkten politischen Zusammenhang stehen.

Reimut Reiche / Peter Gäng

I. SCHULUNGSPROGRAMM

1. Rücktritt der Schulungsreferenten

Frank Deppe/Kurt Steinhaus   Marburg, den 29.12.66

An den
Bundesvorstand des SDS

6 Frankfurt/Main
Wilh.-Hauff-Str. 5

Lieber Reimut Reiche, lieber Peter Gäng!

Die These, daß die Fähigkeit des SDS, Beschlüsse zu fassen, wesentliche größer ist, als sein Wille, diese auch durchzuführen, hat sich leider im Falle des Schulungsprogramms ebenfalls voll bewahrheitet. Die Reaktion des Verbandes auf den Schulungsbeschluss der 21. oDK, auf den zweiten überarbeiteten Entwurf des Grundschulungsprogramms und den Schulungsrundbrief Nr. 1 (SDS-Korrespondenz Nr. 4) sieht im einzelnen wie folgt aus:

1. eine größere Anzahl von Gruppen hat bisher keinen Schulungsreferenten benannt;

2. eine Stellungnahme zum Schulungsprogramm ist bisher von keiner Gruppe eingegangen;

3. zwei Gruppen (Tübingen, Stuttgart) haben sich bisher schriftlich an uns gewandt; beides bezog sich jedoch auf die laufende Schulungsarbeit der Gruppen in diesem Semester;

4. eine Korrespondenzaktion (30 Briefe an Alt- und Exgenossen bzw. Freunde des Verbandes) ergab insgesamt viert Antworten, davon nahmen nur zwei inhaltlich zur SDS-Korrespondenz Nr. 4 Stellung.

Unter diesen Umständen erwies sich nicht nur die Durchführung der für Mitte Dezember vorgesehenen zentralen Arbeitstagung als unmöglich. Das Ausbleiben jeglicher Resonanz im Verband und die gleichzeitige Unmöglichkeit außerhalb von Marburg Sachbearbeiter für Teilgebiete zu gewinnen, bedeuten zugleich, daß die Durchführung eines Seminars auf Bundesebene im Februar 1967 sinnlos und die Ausarbeitung eines Grundarbeitskreises für das SS 1967 (selbst wenn der Themenkatalog des zweiten überarbeiteten Entwurfs erheblich gekürzt würde) unmöglich ist.

Die Arbeitskapazität der Marburger Gruppe reicht maximal für die inhaltliche Ausarbeitung von 6 bis 8 Unterpunkten. Die Schulungsreferenten selbst wären in diesem Falle mit der Redaktion des Gesamtentwurfs und der Vorbereitung des Bundesseminars voll ausgelastet. Als ausschließlich Marburger "Heimarbeit" jedoch ist das Schulungsprogramm arbeitstechnisch nicht realisierbar - abgesehen davon, daß nur eine überregionale Kollektivarbeit politisch sinnvoll gewesen wäre.

Das auf der 21. oDK beschlossene Schulungsprogramm ist also für das kommende Semester - auch in verkürzter Form - nicht zu verwirklichen. Wir halten es auch für ausgeschlossen, daß sich bis zum WS 67/68 im Verband eine ausreichende politische und arbeitstechnische Basis finden wird. Einen solchen Versuch noch zu unternehmen, sehen wir uns zudem außerstande. Unsere Bereitschaft, die Koordinierungsarbeiten eines Schulungsprogramm federführend zu übernehmen, ging davon aus, daß die inhaltliche Ausarbeitung bis

zum Beginn des Sommersemesters 67 beendet sein sollte. Eine Verzögerung bis zum kommenden Herbst oder gar noch weiter ist für uns selbst -wie auch für diejenigen Marburger Genossen, die wir für die redaktionelle Arbeit gewinnen konnten - aus arbeits- und zeitökonomischen Gründen nicht tragbar.

Wir bedauern es, daß diejenigen, die ein Fiasko des Schulungsprogramms prophezeit haben, unseren Verband in der Tat realistischer eingeschätzt haben als wir selbst. Die Notwendigkeit einer intensivierten innerverbandlichen Schulung, die wir in der nk 38/39 zu begründen versuchten, ist durch die neueste politische Entwicklung in Westdeutschland eher noch unterstrichen worden. Die Dringlichkeit der Schulung ist uns ebenso wie Euch klarer als je zuvor.

Unter den geschilderten Bedingungen sehen wir uns allerdings nicht in der Lage, die Beschlüsse der 21. oDK durchzuführen. Wir halten es für sinnlos und politisch falsch, das Scheitern unserer Planungen zu verschleiern. Ein sang- und klangloses Einschlafenlassen von Projekten dieser Art soll nicht politische Praxis des BV werden. Daher teilen wir Euch mit, daß wir uns außerstande sehen, unsere Funktionen als Schulungsreferenten weiter auszuüben.

Mit sozialistischem Gruß
(gez.) Frank Deppe
Kurt Steinhaus

II. NOTSTAND

1. Der SDS und die Notstandsopposition nac-h dem Kongress vom 30. Oktober

- Gruppe Bonn -

(Referat, gehalten auf dem Bundesseminar des SDS vom 7. - 9.11.1966 in Lambrecht/Pfalz)

I. Der Kongress vom 30. Oktober ist für uns nicht nur willkommener Anlaß, die Tätigkeit der außerparlamentarischen Opposition der Bundesrepublik an einem ersten Schwerpunkt zu messen; zur Klärung unseres Standpunktes ist es ebenso unerläßlich, auch von demokratischer Praxis auf zugrundegelegte Theorien zurückzuschließen.

Die Frankfurter Aktion verlief zweigeteilt: an die sechs Foren schloß sich die Kundgebung auf dem Römerberg an. Hervorstechendstes Merkmal war die Beschränkung der Diskussion und Aktivitäten auf die veranstaltende Spitze. Nur in einem Forum konnte im Plenum diskutiert werden. In den übrigen beschränkten sich die Podiumsteilnehmer (Referent, Diskussionsleiter und -teilnehmer, wobei nicht einmal letztere mehr miteinander diskutierten, vielmehr in teilweise recht divergenten Rollen operierten) darauf, auf Zetteln formulierte Fragen entgegenzunehmen, um die unverbindlichsten auszuwählen und zu beantworten. Das heißt, die um Koordinierung bemühten Stellen der Opposition (Gewerkschaftsbüros und kritische Lehrstühle) mobilisierten die Massen in einer genau vorausberechneten Quantität, um sie als Kulisse zur Unterstützung ihrer Bemühungen um Einheitsfront zu benutzen. Das Knäuel politischer Splitter mit seinen Ablegern in Gewerkschaften (Metall, Chemie, Druck, Holz und Leder), SPD, Kampagne, Kriegsdienstgegnerverbänden und Hochschulgruppen war weitgehend ausgeschaltet, hatte sich aber auf eine sozialdemokratische Linie festgelegt, auf den mittleren Kurs der SPD vor der Wiederaufrüstung.

Es dominierte die Absicht, mit dem Kongress vom 30. Oktober einen weiteren Schritt zur Konsolidierung einer demokratischen, vorläufig auf außerparlamentarisches Terrain beschränkten Organisation zu tun. Dabei nimmt man in Kauf, daß den Massen die gegenwärtig radikalisierenden Widersprüche lediglich in formalistisc-hen Varianten klar gemacht werden (z.B. Radke in Forum V: sein Referat kreiste um die Fragen: was ist Verfassung, was ist Notstand, um schließlich abstrakt Verfassungsbrüche zu konstatieren, auf die es dann auch keine konkreten Antworten geben konnte). Information wurde stattdessen nur am Rande und für teures Geld verkauft. Auch nach dem 30. Oktober gibt es immer noch keine leicht faßliche Broschüre, die in ihrer Beschränkung auf die konkreten Auswirkungen der Notstandsgesetze auf die Gesellschaft die Basis für eine breite demokratische Opposition schaffen helfen könnte.

Ohne Zweifel ist eine links von der gegenwärtigen SPD operierenden Gruppierung das Ziel der Organisatoren des 30. Oktober. Zu bezweifeln ist aber, ob es ihr jemals gelingen wird, die von der Mehrheit der bundesrepublikanischen Gesellschaft intuitiv erfaßten Widersprüche des fortgeschrittenen organisierten Kapitals als Hebel für eine effektive Massenarbeit zu benutzen. Vielmehr müssen wir damit rechen, daß demokratische Praxis noch mehr hinter diese Widersprüche zurückfällt und damit vollend unfähig wird, das bis heute schon Versäumte auch nur annähernd aufzuholen;vor allem dann, wenn wir an die Beschleunigung denken, die sie im Gefolge der künftigen wirtschaftlichen Rezession erfahren werden.

Die kommende Demokratieschutzorganisation wird sich stattdessen weiter auf die Kritik an Überbauphänomenen beschränken. Sie wird sogar, wie dies schon im Aufruf des Kuratoriums zum 30. Oktober geschehen ist, auch Fragen der Basis nur ideologisiert behandeln, wird die Freiheit des Arbeitsplatzes postulieren, sie wird die mit dem Stabilisierungsgesetz zu erwartenden neuen Kompetenzen der Bundesbank als autoritär deklarieren und nicht begreifen, daß all das nicht böser Wille der Leute ist, die mit dem bundesbehördlichen Arrangieren von Überbauphänomenen ihr Geld verdienen, sondern durch die Weiterentwicklung der Produktionsverhältnisse bedingt. Sie wird ihre verfassungserhaltende Tätigkeit schlechthin innerhalb der kapitalistischen Klassenherrschaft ausüben. Damit fällt sie aber hinter die immanente Rationalität des Kapitals zurück: sie wird irrational-altkapitalistisch, weil sie sich gegen die Beschneidung parlamentarischer Zöpfe wendet, die früher einmal als Hülle einer noch nicht auf den heutigen Stand entwickelten Basis vom Kapital zur Verschleierung seiner Klassenherrschaft toleriert worden sind. Deshalb läuft sie immer Gefahr, zu einer auf jährlich wiederkehrende Demonstrationsakte festgelegten Bewegung zu entarten.

Bewegungen hat es in der Bundesrepublik schon mehrere gegeben. Dabei handelte es sich fast immer um Abweichungen vom politischen Tageskurs, die aufzukaufen den ihnen am nächsten stehenden institutionalisierten Organisationen ein Leichtes gewesen ist. Die Anti-Atombewegung z.B. wurde von der SPD mühelos geschluckt: sie kam in ihre organisatorische Abhängigkeit, am Höhepunkt der Aktivität wurden die Gelder gesperrt, das unpolitische Arrangement versackte fast augenblicklich, während der bürokratische Apparat, vollends inaktiviert, sich noch einige Jahre über Wasser hielt.

Ähnliches könnte auch der vom Kuratorium des 30. Oktober initiierten Propagande widerfahren. War die Atombewegung von der SPD abhängig, so sind es heute einige Einuelgewerkschaften, die die Notstandsopposition hofieren. Die Zusammenhänge zwischen SPD und Gewerkschaften sind bekannt, ebenso die Manipulationsversuche, mittels derer SPD und

DGB-Bundesvorstand gemeinsam operieren. Was geschieht, wenn dieser Druck (z.B. im Gefolge der Großen Koalition) verschärft wird? Zweifellos wird dann ein erheblicher Teil der gegenwärtig notstandsoppositionellen Gewerkschaftsfunktionäre sich zurückpfeifen lassen. Noch gefährlicher wird es, wenn besagte Einzelgewerkschaften vor die Entscheidung gestellt werden, sich vom DGB zu spalten oder auf Koalitionskurs zu gehen. Ganz zu schweigen davon, was geschehen wird, wenn die Alternative eines Tages totale Integration in einer korporativ gesteuerten Präsidialdiktatur oder Illegalität sein wird.

II. Diese wenigen Hinweise zeigen, wie gefährdet die Notstandsopposition schon in der Phase ihres Entstehens ist. Einerseits muß sie über den aktuellen politischen Aufhänger hinaus, um eine Basis für ihre Konsolidierung zu finden; zum andern kann sie es sich nicht leisten, gegen die Herrschaft des Kapitals, dessen jüngste Auswüchse sie kritisiert, anzutreten.

Diesen Widerspruch müssen wir uns vor Augen halten, wenn wir uns fragen, welches die Rolle der Marxisten angesichts der weiteren Entfaltung derjenigen Prozesse ist, die die Widersprüche im organisierten Kapitalismus bedingen; die gleichzeitig Regulationsmechanismen auf den Plan rufen, deren einer die Notstandsgesetzgebung darstellt.

Zunächst einmal wird der SDS an organisatorischer Plattform verlieren. Das ist nicht schlecht, wenn wir davon ausgehen, daß unser unter den heutigen Verhältnissen unabingbares Bündnis mit der demokratischen Opposition Einheit im Widerspruch ist; sobald die einzelnen demokratischen Splitter (Kampagne für Abrüstung, Friedensfreunde, Sozialdemokraten, Gewerkschafter) sich in einer einzigen Organisation koordinieren, können wir uns bei unserer Arbeit in der außerparlamentarischen Opposition auf einen Schwerpunkt konzentrieren. Für diese Arbeit brauchen wir weniger, dafür aber auch bewußtere und aktiver Genossen.

Zweitens stehen wir nicht mehr vor dem Dilemma, daß die demokratischen Splitter von uns auch organisatorisch erhalten werden müßten,wollten wir in ihnen arbeiten. Die Koordination dieser Gruppierungen setzt also Genossen frei, die sich mit bürokratischer Kleinarbeit aufrieben, statt unsere Bündnispartner im Widerspruch voranzutreiben.

Schließlich wird auch unser eigener Verband von dieser Entwicklung profitieren. Es gibt bei uns manchen Genossen, dem der Marxismus, das heißt die jederzeit unabdingbare Vermittlung von revolutionärer Theorie und Praxis, nicht behagt. Er ist bei uns, weil es für seine reformistischen Ansichten bis heute in der BRD keine Plattform gegeben hat. Das wird sich ändern, sobald es dem Kuratorium vom 30. Oktober gelungen sein wird, sich zu konsolidieren. Solche Genossen fühlen sich eher in einer Organisation wohl, die von der Erhaltung des Grundgesetzes prinzipiell und nicht etwa für eine genau abgegrenzte Phase der Entwicklung des Spätkapitalismus ausgeht. Der Verzicht auf Kritik an der Verfassung negiert schließlich auch in seiner organisatorischen Konsequenz den Klassenkampf, dessen unveränderliches Endziel es ist, die Klasse des Kapitals zu stürzen. Das Kapital der westlichen Alliierten hat ja im Bündnis mit dem westdeutschen Kapital das Grundgesetz als Überbau der Rekonzentration seit 1948 geschaffen und nicht etwa die Gesellschaft Westdeutschlands, der es noch nicht einmal gegönnt war, den Schein des Plebiszits zu wahren.

III. Das strategische Ziel, dem wir das Bündnis mit der demokratischen Opposition zu subsumieren haben, darf freilich mit der Frage der Taktik nicht verwechsel werden. Wir verstehen darunter die Methode, mit der Widersprüche bewegt werden. Das aber ist überhaupt erst möglich, wenn wir Widersprüche aus den konkreten Verhältnissen entwickelt haben.

Auch heute ist der Hauptwiderspruch der zwischen Kapital und Arbeiterklasse. Nichtsdestoweniger hat er sich in seiner Erscheinungsform verändert, ebenso wie sich die Widersprüche innerhalb der einzelnen Klassen verändert haben.

In der Weimarer Zeit herrschte nochdie Konkurrenz zwischen Großgrundbesitzern und Industrie. Sie wurde durch die Konkurrenz der einzelnen Industriegruppen untereinander ergänzt. Ihren Ausgleich fand sie in der Methode, mit der der neue imperialistische Staat von Weimar, der die wichtigsten objektiven Merkmale des vorausgegangen bonapartistischen Kaiserreichs übernommen hatte, ihren Interessen unterlag: sie war bestimmt durch einen zunehmend koordinierten Interventionismus der mächtigsten Oligopole. Vor allem von der Montanindustrie wurde die im Ersten Weltkrieg verfeinerte Technik der Finanzmanipulation benutzt, um die kriegbedingte Akkumulation nach dem Friedensschluß sprunghaft auszuweiten. Die im Krieg begonnene Ausplünderung des Proletariats und der Mittelschichten wurde durch offene Inflationspolitik fortgesetzt. Gleichzeitig diente dieses Vorgehen dem Ziel einer massiven Konzentration des Kapitals. Die Macht der alten imperialistischen Gegner in Europa wurde durch das Arrangement mit dem adäquaten oligopolistischen Staat eingeschränkt: den Vereinigten Staaten von Amerika.

Die eindeutigen Abhängigkeitsverhältnisse wurden in Kauf genommen, weil sie die eigenen Akkumulationspläne forcierten. Durch Mittel des Dawes-Plans unterstützt wurden je ein Montanmonopol (Stahlverein) und ein Chemiemonopol (IG Farben) aufgebaut. Sieben Jahre nach Kriegsende waren die Voraussetzungen für eine neuerliche imperialistische Phase geschaffen.

Die Weltwirtschaftskrise brachte den deutschen Faschismus an die Macht. Indem die nationalsozialistische Führungsspitze sich von den mittelständisch-sozialistischen Vorstellungen der ihr hörigen Massen geschickt zu trennen verstand, koalierte sie bald mit den oligopolistischen Spitzen des Kapitals. Die faschistisch-ständischen Hierarchien wurden korporativ integriert, nachdem sie das Proletariat und seine Organisationen hatten zerschlagen helfen. Es entstand der organisierte Kapitalismus. Die Klassengegensätze wurden verschleiert, die nationalsozialistischen Theorien (Kampf gegen das internationale jüdische Kapital, heute: Kampf gegen Überfremdung) zur klingenden Münze imperialistischer Kriegsziele, während der dem Kapital und dem Faschismus gemeinsame Antikommunismus eine gemeinsame Raumideologie zementieren half. Unter wirtschaftlich-militärisch organisierter Hegemonie sollte ein geeintes Europa entstehen, das wie heute (Alleinvertretungsanspruch der BRD) den "Lebensraum" im Osten mit einbezog.

Durch die Beseitigung des klassenbewußten Proletariats war es dem Kapital zu Beginn der dreißiger Jahre also möglich geworden die ihm immanenten Widersprüche zu lösen. Die Aufhebung des Hauptwiderspruchs Kapital - Arbeiterklasse verhalf zum Übergang zum organisierten Profit, der, da auf der inneren Linie keine Gegner mehr vorhanden

waren, rasch imperialistisch expandierte.

Doch bedurfte die Entmachtung der Organisationen der Arbeiterklasse eines weiteren Vehikels, das wir im Zusammenhang mit der Weltwirtschaftskrise schon erwähnt haben: des Faschismus.

Die objektiven Voraussetzungen für die Verstärkung und gleichzeitig Radikalisierung der Mittelschichten, die bis heute einer ständisch-korporativen Ideologie verfallen sind, war die Trennung von privater Aneignung und Kontrolle des Kapitals. Die Entfaltung der Produktivität hatte Kapitalmengen erforderlich gemacht, die von einem einzelnen Eigentümer nicht mehr aufzubringen waren. Andie Stelle des Privateigentums trat seit dem Ende des 19. Jahrhunderts das korporative Eigentum, das immer mehr Produktionsstufen miteinander verknüpfte. Gleichzeitig differenzierten sich die Kontrollinstanzen der Produktion. Die bis zu Beginn des 20. Jahrhunderts nur geringsfügige Delegierung der Verfügungsgewalt und Kontrolle über den Prozeß der Fertigung, wie sie bei den Privatbeamten und Meistern gegeben war,wurde zunehmend arbeitsteilig arrangiert. Es entstand der neue Mittelstand, die Schicht der kommerziellen Lohnarbeiter nach Marx, die ihre Arbeitskraft dem Kapitalisten zu verkaufen hat wie der Lohnarbeiter, die aber funktional sich von ihm abhebt und, durch geringe Aufstiegsmöglichkeiten in der Betriebshierarchie bedingt, im Zustand individueller Konkurrenz verharrt.

Diese Mittlerfunktion fand ihren ideologischen Ausdruck im Entstehen berufsständischer Bewegung, die sich bald mit den agrarsozialistischen Utopien der Parzelleneigentümer und Handwerkergilden zum Nationalsozialismus verband. Dessen organisatorische Struktur wurde weitgehend übernommen, seine antikapitalistische Komponente von Kapital im Bündnis mit der Reichswehr und den Führ7ngskadern der NSDAP 1934 beseitigt.

Nach dem Sieg der Alliierten stand die Fortsetzung der Herrschaft des Kapitals in Westdeutschland nur kurze Zeit in Frage. Die Ära der Dekonzentration bis 1948 war lediglich ein symbolisches Zwischenspiel. Freilich bedurfte es erst wieder eines parasitären Staatskörpers, der die Voraussetzung für eine geordnete Akkumulation schuf. Wieder - und diesmal in verstärktem Umfang - waren es die hinübergeretteten Kriegsprofite und der Import amerikanischen Kapitals, der den organisierten Oligopolismus konsequent fortsetzen half. Er entwickelte verfeinerte Manipulationskanäle gegenüber dem Staat, die bald beim "Bundesverband der deutschen Industrie", dem Nachfolger des gleichnamigen Reichsverbandes, zusammenliefen. Die Ausweitung des administrativen Parasitenapparats wurde so nach Kräften gefördert mit dem Ziel, die bis 1950 geduldeten Klassenantagonismen möglichst frühzeitig wieder auszuschalten. Seither gibt es in der Bundesrepublil Notstandsgesetze: diktatoriale politische Strafjustiz neben politischen Sonderpolizeien wie Bundesgrenzschutz, Länderhundertschaften und Bundeskriminalamt; daneben die ersten offen zugelassenen Notstandsorganisationen, z.B. das Technische Hilfswerk seit 1953 u.a. Als Koordinationsschwerpunkt fungierte die "Abteilung öffentliche Sicherheit" im Bundesinnenministerium, die daneben auch noch die Fäden zu verschiedenen illegalen Organisationen spann, welche die totale Erfassung der Gesellschaft zu einem harmonisierten Leistungsapparat schon propagierten, als ihnen die Gelder noch aus geheimen Fonds des

Bundeshaushalts über private Konten zugeschoben wurden.

Versuchen wird, die Entwicklung der Nostandsplanung der BRD in verschiedene Stufen zu untergliedern, so wäre die Zeit von der Gründung der BRD bis zur Wideraufrüstung als Phase I zu bezeichnen. Charakteristisch für sie ist, daß in ihr (weitgehend geheim) diejenigen Kader sich reorganisierten, die, faschistische Traditionen der historischen Situation anpassend, in der Zeit der Remilitarisierung vom Kapital und der ihm verpflichteten Bundesregierung auf den Schild der Gesetzeskonformität gehoben wurden. Heute, 17 Jahre nach Konsolidierung der BRD, haben sie die gespentisch hohe Zahl von 600 000 Mitgliedern überschritten. Die erste Stufe der Notstandentwicklung schloß mit der Remilitarisierung ab. Die Produktivität des Kapitals war bis 1955 auf ein Niveau gehoben, das internationale Konkurrenz wieder zuließ. Das war nicht zuletzt auf die hohen Profite im Gefolge des Koreabooms zurückzuführen. Damit wuchs aber auch das Bedürfnis des Kapitals, einen Binnenmarkt für unproduktive Konsumtion vorzubereiten. Sein politischer Ausdruck war eine Verschärfung des Binnenimperialismus, der, vom Antikommunismus der bundesrepublikanischen Gesellschaft mitgetragen, die DDR seit 1956 als wichtigstes Inkorporationsziel erscheinen läßt. Dazu ist eine Vielfalt koordinierter wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Mechanismen nötig, die mit dem Entwurf zu einem Organisationsgesetz zur Landesverteidigung (seit 1956 geheim in den Depots des Verteidigungsministeriums, inzwischen den Parlamentsausschüssen zur Beschlußfassung vorgelegt; Teile davon wurden als Schubladengesetze abgegliedert und sindinzwischen zum größten Teil bekannt) einen ersten Abschluß fand.

Das Verbot der KPD war dann das Hauptereignis der zweiten Stufe der Notstandsentwicklung, die abgegrenzt durch die Jahre 1954 und 1957 gleichzeitig auf supranationale Basis gehoben wurde und damit den Integrationsabsichten der bundesrepublikanischen Industrie innerhalb der EWG entsprach. Sie verlief im großen und ganzen derjenigen Planung konform, die von den in diesen Jahren gegründeten Notstandskommissionen der NATO (Oberausschuß zivile Notstandsplanung und Koordinationsausschuß Notstandsplanung) entwickelt wurde. Erst seit Ende 1965, als die ersten Anzeichen einer tiefgreifenden Rezession unübersehbar wurden, hat sie sich in der BRD über die "atlantische" Konzeption totaler Vorwärtsstrategie, und während die Kapazitätsausnutzung des Grundstoffe produzierenden Kapitals unter die 75 %-Quote fällt, ist die Bundesregierung dieeinzige westliche, die ihre totalitären Spezialisten in der Eifel absetzt, um den kommenden Krieg mit allen begrenzten Varianten und Emeuten durchzuspielen.

Zwischen 1954 und 1957 gab es eine Fülle von Gesetze, die das jeweils Erreichte kodifizierten: das erste Wirtschaftssicherstellungsgesetz, das Bundesleistungsgesetz, das Landbeschaffungsgesetz, das Erste Gesetz zum Schutz der Zivilbevölkerung usw. Daneben bemühte sich der Bundesverband der deutschen Industrie erstmals, ein über jede Definitionsform des "Notstands" hinausgehendes Führerprinzip an den Produktionsstätten wieder einzuführen. Dabei ist charakteristisch,daß er (ähnlich wie 1934) es verstand, die parlamentarische Maschinerie vor vollendete Tatsachen zu stellen. In vielen Konzernen existieren Werkselbstschutzeinheiten seit über zehn Jahren, während die außerparlamentarische Opposition sich darum bemüht, die noch immer nicht kodifizierten Paragraphen in einer Art Spiegelfechterei abzuwehren.

Die dritte Stufe der Notstandentwicklung umfaßt den bislang längsten Zeitabschnitt der Planung. Sie reicht von 1957 (Konsolidierung der Bundeswehr) bis zum Beginn der Wirtschaftsdepression Ende 1965. Sie verlief nach außen amruhigsten. Ungeachtet der Konjunkturmaxima von 1960 und1964/65 erfolgte hier die systematische Koordinierung des Kapitals. Die BDI-Ausschüsse wurden verdreifacht, die Bundesregierung als unverzerrter Reflektor der Bedürfnisse der Industrie war nur selten gezwungen, immanten Widersprüche (beonders den zwischen Bergbau und mineralölproduzierender Industrie) auszugleichen. Während die vertikale Hierarchisierung aller gesellschaftlicher Interaktionsformen innerhalb und außerhalb der Oligopole ständig fortschritt, kam die horizontale Verbindung der jeweils ranggleichen Stufe der Herrschaftspyramide hinzu. Sie verläuft von den Kommandostellen, den Produktions- und Distributionszentren der Industrie über die jeweiligen regionalen Administrationsbereiche bis hinüber zum zuständigen Militärapparat, wobei hervorzuheben ist, daß die vormals klandestinen Kader der Notstands-, Luftschutz- und Katastrophenkorps als paramilitärische Instanzen (der Bundeswehr am nächsten die Territorialreserve, Heimatschutztruppe, dann die Zivilschutzkorpsmiliz - bislang "Luftschutzhilfsdienst" - und schließlich die Selbstschutzeinheiten - heute noch"Bundesluftschutzverband") die besonders wichtige Naht zwischen Industrie und Militär auf der einen, zwischen Militär und ziviler Verwaltung auf der anderen Seite decken.

Kapital und Staatsapparat haben es also verstanden, aus diffusen und oft recht widersprüchlichen Vorstellungen heraus eine Planung zu entwickeln und schrittweise durchzusetzen, die die gesamte Gesellschaft zunehmend in die Zange nimmt. Es wird folglich fortgesetzt, was dem Kapital in der noch etwas weniger entwickelten nationalsozialistischen Ära erfolgreich abzuschließen nicht gegeben war. Das heißt auch, daß die mit zunehmender Kapitalkonzentration zu erwartende Radikalisierung der Mittelschichten auf vorbereitete Kanäle stoßen wird, die sie sich nach der nationalsozialistischen Revolte erst mühsam hatte schaffen müssen. Insofern läßt das System des organisierten Kapitals an Krisenfestigkeit nichts zu wünschen übrig. Es fragt sich nur, ob die objektiven Bedingungen, die seine imperialistische Expansion in eine binnenimperialistische und eine internationale teilen, ausreichen, es als Hegemon der EWG bestehen zu lassen.

Die vierte und derzeit letzte Stufe der Notstandentwicklung in der Bundesrepublik steht unter dem Einfluß wirtschaftlicher Rezession, die inzwischen begonnen hat, über ihre regionalen Grenzen sich auszuweiten. Die Geschwindigkeit der Nachkriegsakkumulation war in den einzelnen Industriebranchen unterschiedlich. Die Bergbaukrise entsprach zunächst seit ihrem Entstehen (1958) den Erwartungen der gegenwärtig vorherrschenden kapitalistischen Wirtschaftstheorie. Die Subventionspolitik der Bundesregierung führte zu einer ständig sich vergrößernden Differenz zwischen dem "Sozialprodukt zu Faktorkosten" und dem "Sozialprodukt zu Marktpreisen". Trotzdem nahmen die Halbenbestände nicht ab. Die gängige Wirtschaftstheorie wurde pervertiert, sobald eben diese Bestände, die als ungeplante Investitionen zu Buch schlagen, zum "geplanten" Vorwand genommen wurden, umdie Subventionen zu steigern. Sie wurden in solche Höhen getrieben, bis die für die Zerstörung fixen Kapitals (der Zechenanlagen) gezahlten Prämien die voraussichtlichen Fördergewinne übertrafen. Die gleichzeitige Rationalisierungskampagne für die nicht geschlossenen Zechen führte zu weiteren Profiten, die von denjenigen Oligopolen, die über Zechen und Stahlwerk verfügen, für Investitionsprogramme im Stahlbereich ver-

wendet worden sind. Andere Oligopole stiegen dagegen in die Mineralölbranche um, was sie freilich nicht daran hinderte, in der Öffentlichkeit und vor allem gegenüber der Bergbaugewerkschaft die Erhaltung der deutschen Kohle zu propagieren.

Das branchenintern und im Hinblick auf die Profitmaximierung rationale Verhalten des Kapitals führte infolge seiner gesamtwirtschaftlichen Irrationalität zur Ausweitung der bis zu Beginn dieses Jahres noch regional begrenzten Rezession, als die Bundesbank begann, Restriktionen auf dem Kapitalmarkt vorzunehmen. Heute steht fest, daß das bundesdeutsche Bruttosozialprodukt, das 1965 noch 3,8 % betrug, in diesem Jahr auf mindestens 3,4 % und im ersten Halbjahr1967 auf 2 % absinken wird. Der Kapitalexport wird nicht ausreichen (selbst angesichts des Konjunkturaufschwungs in Frankreich und Italien nicht), die verringerten Investitionsraten auszugleichen. Das heißt, mindestens bis in den Sommer 1967 ist eine Zunahme der industriellen Reservearmee in Westdeutschland zu erwarten.

Wir sehen, daß unter spezifischen Bedingungen, deren weltwirtschaftliche Komponenten hier nicht näher erörtert werden können, auch der organisierte Kapitalismus unfähig ist, Rezessionen zu vermeiden. Ein Ausweg bestünde in der Flucht nach vorn, in der Verwirklichung verschärfter imperialistischer Strategie, um die Rohstoffressourcen unter Umgehung des Welthandels direkt auszubeuten. Wer über entsprechende Bemühungen des westdeutschen Montankapitals beispielsweise in Afrika informiert ist, vermag diesen Zusammenhang nicht mehr zubestreiten. Wir müssen die Notstandsgesetzgebung neben ihrer binnenimperialistischen Zielsetzung auch als Eröffnung der Heimatfront weiterer und sich verschärfender konterrevolutionärer Kriege des westlichen Kapitals in der Dritten Welt verstehen lernen.

Daneben kann dem Kapitalismus das Bemühen nicht abgesprochen werden, die durch die Ungleichzeitigkeit seiner Entwicklung und die Wechselhaftigkeit der Märkte aufgerissenen Widersprüche durch Gegenmaßnahmen zu dämpfen. Der erste Schritt besteht meistens in der Beseitigung der Konkurrenz der Oligopole innerhalb der Branche (z.B. Stahlkontore). Dem pflegt eine Konzentrationswelle zu folgen, so daß es nötig wird, den angehobenen Widerspruch zwischen den einzelnen industrillen Sektoren auszugleichen: Beschränkung der Kreditvolumina, Steuermanipulationen (Finanzreform), Übergang zur mittelfristigen Planung, die wiederum eine Verstärkung der Wirtschaftsausschüsse des BDI erforderlich macht usw.



Während das Kapital mittels der verfeinerten Manipulation des Staatsapparats sich zunehmend organisiert, ist es gleichzeitig gezwungen, die Arbeiterklasse noch stärker als bisher in seinen Selbstverwertungsprozeß einzubeziehen. Das heißt, die Koordination seiner Widersrpüche macht es erforderlich, verstärkt dort Herrschaft auszuüben, wo es (gerade in Phasen beginnender Rezession) gilt, die Auswirkungen der Verschärfung des Hauptwiderspruchs Kapital - Arbeiterklasse zu steuern (Lohnstopp, längere Arbeitszeiten). Damit wird es gezwungen, an die Stelle verbriefeter Rechte (Streikrecht, Tarifautonomie) korporative Pflichten zu setzen. Hierfür ist die Notstandsgesetzgebung Mittel der Wahl. Im ersten Augenblick mag uns das naiv und unpraktikabel dünken, vor allemdann, wenn wir es versäumt haben, an die Stelle von Fakten dogmatische Phraseologie zu setzen. In ihrer überwiegenden Mehrheit ist die westdeutsche Arbeiterklasse <u>nicht</u> klassenbewußt und damit nicht gegen Notstandsgesetze gefeit. Das ist neben objektiven und historischen Faktoren auch auf die Nichtexistenz einer effektiven proletarischen Vorhut zurückzuführen,

während in der Mehrzahl der Gewerkschaften möglichst viel getan wird, um das Wiederentstehen von Klassenbewußtsein zu verhindern. Stattdessen herrscht das Bewußtsein der Unveränderlichkeit der Situation, wenn nicht im schlimmeren Fall totale Identifikation mit den Zilen des Oligopols, welche durch raffinierte Sozial- und Eigentumspolitik noch gesteigert wird. Zeifellos ist dies nicht unveränderlich. Zweifellos ist es gerade zu Depressionszeiten, wo Arbeitskraft freigesetzt wird, möglich, Klassenbewußtsein zu wecken.

IV. Zurück zur Frage der Strategie.

Soll es dem Kapital verwehrt werden, seine derzeitigen inneren Widersprüche auf erweiteter Basis zu koordinieren, was vor allem Verschärfung seiner imperialistischen Ziele und fortschreitende Organisation der Klassenantagonismen zu korporativen, nur dem Prinzip der Profitmaximierung subsumierten Leistungsgruppen bedeuten würde, muß es an den Hauptwiderspruch, in der Verschärfung des Kampfes der Arbeiterklasse um ihre Herrschaft, gefesselt werden.

Wir gingen anfangs von der Frage aus, welches unsere Rolle in der demokratischen Opposition sei. Wir definierten sie als Einheit im Widerspruch während einer bestimmten Phase ihrer Bewegung. Diese erste Aufgabe ist dem SDS als einem politischen Hochschulverband gestellt. Gleichzeitig wächst ihm die Verpflichtung zu, diese Vorhut der Arbeiterklasse mit bilden zu helben. Freilich ist bis dahin noch ein weiter Weg.

<u>2. Vorschläge für die lokale Notstandsarbeit</u> - Frank [illegible] (Frankfurt)

Mit der Bildung der Großen Koalition haben sich die Chancen der außerparlamentarischen Notstandsopposition drastisch verschlechtert, nämlich in zeitlicher Hinsicht, und gleichzeitig etwas verbessert: in den Gewerkschaften und in den kritischen SPD-Kreisen werden die politischen Verhältnisse, die bisher wegen der formalen Oppositionsrolle der SPD nicht immer durchsichtig waren, wahrscheinlich klarer gesehen. In dieser Situation müssen wir verstärkte Aufklärung leisten und zwar

- im SDS selbst
- in den Gewerkschaften
- in sozialdemokratischen Kreisen
- an der Universität.

Diese Aufklärung überfordert die Kräfte des SDS bei weitem (u.a. ist der sachliche Informationsstand vieler Genossen noch immer niedrig), undwir müssen nach Wegen suchen, auch auf lokaler Basis Koalitionen zusammenzubringen, die unseren Zielen ("Potential des Widerstandes auch nach Verabschiedung der Verfassungsänderung" usw.) nützen werden. Aus den Erfahrungen der Freiburger Notstandsarbeit lassen sich für diese Aufgaben vielleicht einige überraschende Vorschläge ableiten, überraschend, weil sie 1. mit relativ kleinem Aufwand zu verwirklichen sind und 2. einen Umweg zu der wichtigsten "Zielgruppe", den Gewerkschaften, anzeigen.

Vielleicht ist es angebracht, kurz darauf hinzuweisen, daß diese Vorschläge kein Modell für jede nur denkbare Situation konstruieren; gegenüber Modellen sollten wir ohnehin skeptisch sein: diese Arbeit fordert Improvisation, persönlichen Einsatz und organisatorische Geschicklichkeit (die ja notwendig im SDS selten ist, es aber nicht bleiben muß).

Aufbau der Notstandsausschüsse

In den beiden letzten Jahren bildeten sich, vor allem angeregt durch die Verabschiedung der sieben "einfachen" Notstandsgesetze, insgesamt etwa 30 "Aktionsausschüsse gegen die Notstandsgesetze" in den größeren Städten. Sie wurden als Bürgerkomitees, als Verbände-Koordination oder auch ganz formlos organisiert. Systematische Arbeit leisteten nicht mehr als fünf Ausschüsse; dabei hat sich der Aufbau des Freiburger Ausschusses als vorteilhaft erwiesen:

- ein repräsentatives Präsidium (ein Professor, ein Lehrer, ein Gewerkschaftsjugendsekretär, ein Arbeiter, eine Studentin) und die Geschäftsführung sind die einzigen offiziellen Institutionen des Ausschusses



- ansonsten nur Solidaritätserklärung durch Unterschreiben des kurzen Programms (s. dort)

- die technische Arbeit wird von formlosen, wechselnden Gruppen, oft Studenten, übernommen.

Noch nachzutragen ist, daß dieser Ausschuß aus dem vorläufigen studentischen Aktionsausschuß entstand und dessen Aufgaben an der Universität übernahm. Die Geschäftsführung bildet den Kern der Arbeit und koordiniert unbürokratisch das "Schneball-System".

Zum Programm

Es gibt keine Zweifel daran, daß das Programm eines solchen Ausschusses einen Kompromiß darstellt: Es liegt an uns, ob wir ihn während der Zusammenarbeit durchsichtig machen können (Einheit im Widerspruch) und ob wir unsere Positionen als die rationaleren jeweils sachlich entwickeln können. Schließlich müssen wir auch sehen, daß es uns jetzt um die Verteidigung der formalen Demokratie, d.h. unserer politischen Basis überhaupt, zu tun ist. In diesem Sinn ist die Formulierung, die sichals positiver Nenner empfiehlt, zu verstehen, daß "wir das Grundgesetz in seiner gegenwärtigen Form verteidigen". Das Programm müßte weiterhin die einfachen Notstandsgesetze, die geplante Verfassungsänderung (besonders Art. 12), die außenpolitischen Probleme (objektiv entspannte Lage;Spannung durch perfektionistische Notstandsplanung) und die Schubladentexte skizzieren. Eventuell könnte man die Staatsschutzentwicklung und die Widersprüche der Wirtschaftsplanung im bestehenden Wirtschaftssystem (z.B. Stabilisierungsgesetze) andeuten; trotz der Bekenntnisse, die Wirtschaftsentwicklung und die Notstandsgesetzgebung seien unlösbar miteinander verwachsen, ist hier Vorsicht geraten, weil nur die Wenigsten die Zusammenhänge kennen und einigermaßen einleuchtend darstellen können. Es geht nicht darum, unsere Ansichten unmittelbar zu bekannen, wir müssen sie politisch umsetzen.

Die praktische Arbeit

Unmittelbar in die Betriebe zu gehen und damit die Gewerkschaften zuaktivieren ist nur selten möglich. Viel mehr ist mit einer - auf den ersten Blickplanlos erscheinenden -

Bürger-Aufklärung zu erreichen: Der Rückhalt in "unverdächtigen" Kreisen hilft den Gewerkschaftern, sich öffentlich zu engagieren. Außerdem werden sie, wenn man sie um Vorträge in öffentlichen Versammlungen bittet, mit der Materie genauer vertraut und damit bewußter.

Daß möglichst viele Diskussionen und Vorträge in Studenten- und anderen Verbänden angeregt und organisiert (Referenten stellen) werden müssen, ist selbstverständlich. Daneben kann der Ausschuß eigene wissenschaftliche Seminare an der Universität durchführen. Eine ständige laufende Unterschriftensammlung (s.o.) innerhalb und außerhalb der Universität ist bei Presseerklärungen nützlich und liefert eine brauchbare Adressenliste.

Durch die Arbeit an der Universität läßt sich ein großer Teil der Mitarbeiter gewinnen, die bei der Bevölkerungsaufklärung helfen; die Gewerkschaftsjugend ist wegen der festen Arbeitszeit nur wenig einzuplanen, dagegen können Schüler (Ostermarsch) helfen. Mit wenig Umstand lassen sich Gruppen bilden, die ein fest abgegrenzter Wohnviertel mit Flugblättern versorgen, auf denen auch die Einladung zu einer öffentlichen Veranstaltung (am besten in einer Wirtschaft) steht; am nächsten Tag gehen dann Einige durch die Häuser (18 - 20 Uhr ist zu empfehlen), laden nochmal persönlich ein und versuchen vielleicht, ein kurzes Gespräch in Gang zu bringen. Dabei kann man sich einen ersten Überblick über die Resonanz in den verschiedenen Wohngegenden verschaffen. Plakate und Pressenotiz sind nicht zu vergessen, ebenso Einladungen an Gewerkschaften und Betriebsräte.

Auf den Informationsveranstaltungen, die in Freiburg immer überfüllt sind, finden sich dann neue Mitarbeiter, die die jeweils nächste Aktion tragen können. Neben den Unterschriften- und Spendensammlungen sind die persönlichen Gewerkschaftskontakte das wichtigste Ergebnis dieser Veranstaltungen. Jedoch ist für die übrigen Teilnehmer auch an Hinweise auf die nächsten Veranstaltungen und andere Kontaktmöglichkeiten zu denken (Informationsstand, Aufklärungsmaterial). Die verbesserten Gewerkschaftsbeziehungen werden schließlich auch innergewerkschaftliche und betriebliche Aktionen ermöglichen (das gilt für die Gegenden, in denen die Gewerkschaften nicht selbst aktiv geworden sind). Wie sie auch sonst zu nutzen sind, gehört nicht zum Thema dieser Vorschläge.

Weiterhin verbessern sich die Chancen der Opposition in den Ortsverbänden und Bezirken der SPD, wenn die Aktion einmal eine beachtliche Größe erreicht hat; in dem Stadium muß man dann auf inhaltliche, und daß heißt politisch tragfähige Behandlung des Themas drängen (ein guter Anfang sind immer die Schubladentexte). Es wäre geschickt, wenn alle genannten Veranstaltungen auf eine gemeinsame Demonstration ausgerichtet wären, die alle, besonders die neugewonnenen Kräfte vereinigt.

Diese Darstellung soll vor allem die Genossen zu aktiver Arbeit anregen und anleiten, die sich noch nicht praktisch beteiligt haben. Die Vorschläge, die gegen politische Hochstapelei wie Resignation gleichermaßen abgesichert sind, sind keine Rezepte. In den verschiedenen Städten läßt sich jeweils nur eine Auswahl verwirklichen, z.B. findet Anfang des Jahres in Frankfurt (dessen Ausschuß als Verbände-Koordination gebildet ist) wahrscheinlich der erste Stadtvierteltest (wie oben geschildert) statt.

Schließlich sollten wir uns nochmals darüber ganz klar werden, daß die ganze Arbeit ohne die eigne intensive Kenntnis der Texte und der Zusammenhänge keine Aussicht auf Erfolg hat.

3. Bericht der Gruppe Heidelberg

Gründung des "Komitees gegen die Notstandsgesetze"

Ende Mai 1966 wurde in Heidelberg das K. g. Noges. gegründet. Die Initiative ging vom SDS aus, ihr schlossen sich GAG und HSU an. Diese Gruppen waren es, die zur Gründungsversammlung aufriefen. Eine strategischer Rahmen wurde vom SDS Heidelberg nicht festgelegt. Auf der Gründungsversammlung, an der über 100 Personen teilnahmen, zeichnete sich folgender Umfang des Komitees ab: Die oben genannten studentischen Gruppen (LSD und SHB existieren in Heidelberg kaum) HU, DFU, Kampagne, Kriegsdienstgegner, einige Gewerkschafter und eine Minderheit nicht organisierter Studenten. Man einigte sich auf der Plattform: gegen die Notstandsgesetze bzw. Pläne der Regierung, Änderungsvorschläge der SPD sind unzureichend.

Die Wahl des Präsidiums ergab folgendes Resultat: 2 SDSler, 2 Gewerkschafter, 1 DFU-Mitglied, 1 Unabhängiger.

Aktionen des Komitees

Die erste Aktion wurde sofort beschlossen: Verteilung von Flugblättern an die Heidelberger Bevölkerung. In dem einige Tage später verteilten Flugblatt (Auflage 40 000) wurde die Bevölkerung unter Hinweis auf die Folgen von Selbstschutzgesetz, Selbstschutzbaugesetz und Zivilkorpsgesetz zum Eintritt ins Komitee aufgerufen. Die Finanzierung wurde weitgehend von einer Gewerkschaft übernommen.

Diese, wie die folgenden Aktionen des Komitees kann man vielleicht folgendermaßen charakterisieren: Das Komitee begibt sich auf die Suche nach der pluralistischen Gesellschaft und findet Identisches. So hieß es in einem Modellreferat, das in den Stadtteilen vorgetragen werden sollte: "Verehrte Anwesende! Wir kommen von keiner Regierung und keiner Partei, wir sind eine Gruppe, die sich aus allen Schichten der Bevölkerung zusammengefunden hat- aus Sorge um die Demokratie, die uns durch die Notstandsgesetze bedroht zu sein scheint. Getragen vom Vertrauen aller Schichten könnte man sagen, denn in unserem Komitee sind Arbeiter, Handwerker, Studenten, Ärzte, Professorgen, Angestellte und Gewerbetreibende, Lehrer, Oberschüler, Krankenschwestern, Männer und Frauen. Bei uns sind Mitglieder der SPD, der FDP und auch der CDU und anderer Parteien - aber nicht als Mitglieder ihrer Parteien, sondern als freie und unabhängige Bürger".

In einem Flugblatt: "Autofahrer - Vorsicht - Notstandsgesetze" wurde am 22.10.1966 zu einem Autokorso aufgerufen usw.

Eine gezielte Arbeit an der Universität wurde nicht durchgeführt.

Komitee und Gewerkschaften

Die Gewerkschaften unterstützen das Komitee finanziell. In den beiden letzten Monatenwurde es dem Komitee ermöglicht, vor Vertrauensleuten und Betriebsräteversammlungen der IG-Metall aufzutreten. Einige SDSler machten bzw. machen dort unter der Firmierung "Kom. g. Noges." in Anwesenheit eines Bevöllmächtigten der IG-Metall die antigewerkschaftliche Stoßrichtung der Notstandsgesetzgebung klat. Das Referat hält ein Genosse, es ist tendenziell sozialistisch.

Gruppeninterne Diskussionen der Konzeption des Komitees

Inzwischen formierten sich innerhalb des SDS Heidelberg 3 Positionen bezüglich des Komitees.

a) Das Komitee qua radikaldemokratische Organisation sei im Rahmen einer bundesweit bestehenden bzw. herzustellenden analog strukturierten Opposition die Basis für den Kampf gegen die Notstandsgesetze und darüber hinaus für eine künftige sozialistische Politik überhaupt.

b) Komitees seien notwendige Instrumente für die Kooperation mit den Gewerkschaften und der Arbeiterklasse.

c) Das Heidelberger Komitee sei ein zufälliges und ambivalentes Instrument für die Kooperation mit den Gewerkschaftēn und der Arbeiterklasse. Die existierende pluralistische Opposition muß zu dem Zweck der Politisierung der Arbeiterklasse umfunktioniert werden.

Die Positionen a und b wurden von Genossen eingenommen, die die Arbeit im Komitee übernommen haben.

Die Kritik an Komitee und pluralistischer Notstandsopposition läßtsich folgendermaßen skizzieren: Die Gewerkschaftsbürokratien, vor allem DGB, als Apparate über den Massen, befinden sich, durch die totale Anpassungslosigkeit der SPD-Spitzen im opportunistischen Rennen gleichsam überrundet, in einem Zustand momentaner Desorientierung. Diejenigen Gewerkschaftsführer, die die objektive Tendenz der Notstandsgesetze durchschaut haben und das Ausmaß der Bedrohung einzuschätzen vermögen, erkennen zugleich das Ausmaß der Schwäche der eigenen Organisationen. Der unmittelbare Rekurs auf die Massen ist evidamment ausgeschlossen, daher die Suche nach Koalitionspartnern im pluralistischen Milieu.

Unter der Voraussetzung dieser Konstellation erhält die radikaldemokratische Opposition ihre Funktion. Nur wenn es jedoch gelingt, durch sie die Zeit zu gewinnen, die für das Anlaufen der politischen Bildungsarbeit innerhalb der Gewerkschaften nötig ist und wenn es gelingt, in ihr selber sozialistische Argumente durchzusetzen, hat die radikaldemokratische Opposition eine Funktion in unserem Sinne. An sich ist sie ambivalent. Ihre Fetischisierung würde gerade das im Notstandsbeschluß der 21. DK angegebene Erfolgskriterium in Frage stellen und wäre die Integration des SDS selber: "Der Erfolg unseres Kampfes bemißt sich deshalb nicht allein an der Verhinderung der Verabschiedung der Notstandsgesetzgebung, sondern an dem durch den Kampf zu gewinnenden Widerstandspotential und politischen Bewußtsein der Arbeiterklasse". (SDS Korrespondenz Nr. 3, S. 3)

Unter dem Druck der Diskussion formulierte die radikaldemokratische Position Thesen, denen man partiell bescheinigen konnte, daß sie Argumente derselben schon aufgenommen hatten:

"Die Zusammenarbeit der Gewerkschaften mit fortschrittlichen Studenten und Teilen der Bürgerschaft (Professoren, repräsentativen Persönlichkeiten, Komitees etc.) in der Opposition gegen die Notstandsgesetze ergibt sich aus dem Mangel einer bewußten Mitgliederbasis. Die Zusammenarbeit des SDS mit den Gewerkschaften in der Notstandsopposition einerseits und in der Bildungsarbeit andererseits ist somit hererogen.

Die Differenz zwischen langfristiger Politisierungsarbeit in den Gewerkschaften und kurzfristiger radikaldemokratischer Opposition dagegen die Notstandsgesetze mit den Gewerkschaften kann nur aufgelöst werden, wenn die radikaldemokratischen Aktionen über radikaldemokratische Forderungen (etwa nach Bewahrung des Grundgesetzes) hinausgegangen wird.

Radikaldemokratische Organisationsformen sind alle, die eine bürgerliche Öffentlichkeit voraussetzen, denen eine Praxis entspricht, die nicht die Produktionsweise in Frage stell

Radikaldemokratische Organisationen sind so lange notwendig, wie die Arbeiter nicht in der Lage sind, einen Generalstreik auszuführen und Arbeiterräte zu bilden, bzw. so-lange keine Partei die Interessen der Arbeiter vertritt."

Die Kritik wies darauf hin, daß im letzten Abschnitt der zitierten Thesen die Wechselwirkung von Selbstbestimmung der Arbeiterklasse und radikaldemokratischer Organisation derart außer Acht gelassen wird, daß eine Hypostasierung radikaldemokratischer Organisationsformen gerade die Selbstbestimmung der Arbeiterklasse verhindern könnte.

Die Beschlüsse der Mitgliederversammlung hatten zum Inhalt: Einstellung einer unspezifischen Mitgliederwerbung des Komitees. Hinweis auf die Studentenschaft als Rekrutierungsbasis.
Verhinderung abstrakter Apekle an den Addressaten "Bevölkerung".
Forcierung der Arbeit in den Gewerkschaftn.

Insgesamt dürfte es durch die Diskussion gelungen sin, die Konzeption des Heidelberger Komitees zu problematisieren. Die weitere Praxis des Komitees wird zeigen, ob sich der gruppenintern erzielte Konsensus durchzusetzen vermag.

III. GRÜNDUNG EINER SOZIALISTISCHEN SCHÜLERORGANISATION

1. Hanspeter Bernhardt (Bundespräsident-Theodor-Heuss-Schule in Homberg (Kassel) - Beitrag zur Gründung einer sozialistischen Schülerorganisation -

Um es gleich vorneweg zu sagen: allen klugen Köpfen, die die bestehenden Verhältnisse innerhalb der Schule beibehalten wollen, ist der große Wurf schon längst gelungen. Sie haben uns die SMV (Schülermitverantwortung) beschert und das Unbehagen der Schüler vorzüglich integriert. Alle Unzufriedenen dürfen jetzt einen Schulsprecher wählen, der ein paar Mal im Jahr einen Tanztee veranstaltet, einen Wanderpokal für die best Fußball-

klasse stiftet und ganz aus dem häuschen gerät, wenn es der Direktor erlaubt, daß in der Turnhalle ein Tischtennisturnier abgehalten werden darf. Die kritischen Leute, auf die man sich bisher noch verlassen konnte, glauben nun, in dieser wundervollen Einrichtung mittun zu müssen und merken gar nicht, wie sie an der Nase herumgeführt werden.

Tröstlich zu wissen, daß es an den einzelnen Schulen immerhin nocht etwa ein Dutzend Schüler gibt, denen das Unbehagen so tief in den Knochen steckt, daß es ihnen auch nicht mit der SMV ausgetrieben werden konnte. Es dürfte wohl deshalb gar nicht schwerfallen, diese Handvoll Schüler pro Schule für den geplanten SDO zu interessieren. Mit ihrer Hilfe müßte es möglich sein, den Sozialistischen Oberschülerbund zu gründen, die einzelnen SDO-Gruppen an den Schulen einzurichten und die aktionen zu organisieren.

Die Notwendigkeit dieser SDO-Gründung ergibt sich vor allem aus der unverändert abhängigen Stellung des Schülers innerhalb der Schule und der bewußten Tendenz un den bewußten Unterlassungen der Ausbildung. Es gilt, daß jene Gruppe kritischer Schüler, die sich noch nicht hat integrieren lassen, gemeinsam als lokale SDO-Ausschüsse auf die fehlende Demokratisierung der Schule, die unerträgliche Bevormundung durch die Lehrer, die autoritär orientierte machtdifferenz Lehrer-Schüler und den Mangel der Ausbildung aufmerksam machen muß. Sie muß all den Mitschülern (potentiellen SDO-Mitgliedern) die wirklichen Zustände bewußt machen, die jene vor lauten Mitverantwortung und Mitverwaltung gar nicht sehen. Vor allem aber muß die autoritäre Stellung des Lehrers verunsichert werden, damit denen endlich klar wird, daß die Scheiße nicht mehr so weiterlaufen soll, wie sie sich das alleine ausdenken.

Als Anknüpfungspunkt für das Interesse der Schüler empfiehlt es sich nicht, den SDO als mini-sds (sprich: Nachwuchsorganisation) oder als Lesezirkel für Marx einzurichten. Damit kann man vorläufig keinen Hund hinterm Ofen hervorlocken. Vielmehr muß man das Unbehagen der Schüler in der Gesellschaft, d.h. in der Schule, und den von den Schülern selbst empfundenden Mangel der Ausbildung in der Schule ausnutzen. Man kann damit beginnen, ein Selbsthilfe-Programm aufzustellen; offensichtliche Unterschlagungen im Biologie-, Sozialkunde- und Geschichtsunterricht müssen aufgedeckt werden. Folgende Vorschläge, die sich mit dem tabuierten Sexualkundeunterricht auseinandersetzen, können gleichzeitig Motiv zum Eintritt in den SDO sein:

1. Sexuelle Aufklärung
2. Information über Verhütungsmittel
3. Diskussion zur Abtreibung
4. Ärzte und Apotheken vermitteln, die Anti-Babypillen verschreiben oder verkaufen

Im Blick auf den Geschichts- und Sozialkundeunterricht empfiehlt es sich, Themen vorzuschlagen, von denen man noch dazu in der Schule profitieren kann. Vorerst kann man sich darauf beschränken, unterbelichtete oder falsch dargestellte Geschichtsepochen zu untersuchen:

1. Widerstand im Dritten Reich (nach offizieller Darstellung waren ein paar Pastoren, die Geschwister Scholl und Stauffenberg beteiligt. Von den Kommunisten, die sonderbarerweise als erste in den KZs saßen, keine Rede.)

2. Ursachen eines Krieges (am Beispiel des 1. und 2. Weltkrieges)

3. Geschichtsbüchervergleich DDR und BRD

Weiterhin bieten sich Aktionen gegen die Unterrichtsformen, speziell der Fächer Religion und Turnen an. Vorläufig muß sich dieser Vorschlag allerdings darauf beschränken, daß auf Flugblättern oder Plakaten der Austritt aus diesen Fächern und ein Anti-Religions- und Anti-Turnunterricht empfohlen werden. Das kann im Falle des Turnunterrichts so aussehen, daß die Vorschläge den üblichen Gepflogenheiten von Disziplin und Übungen, die zweifellos zur Vorbereitung des Militärdienstes bestimmt sind, ins Gesicht schlagen (Undiszipliniertheit, Skatspielen, petting etc.).

Den Rahmen zur Änderung des Unterrichts kann man beliebig erweitern bis hin zu Reformen, die sich am englischen Beispiel orientieren: Jeder Schüler braucht nur die Fächer belegen, die ihm Spaß machen.

Die Demokratisierung der Schule und "die Relativierung der Autorität" (de Vries) sind zwei Vorhaben, die Hand in Hand gehen müssen und letzten Endes in die selbe Kerbe hauen. Vorne anstehen sollte die Bildung von

1. Klassenräten
2. Konferenzräten (oder ähnliche Einrichtungen mit besserer Bezeichnung)

Die Klassenräte (etwa 5 Schüler) sind mit SDO-Mitgliedern zu besetzen und dürfen die Vorschlagsnoten der Lehrer für die Zeugniszensuren um eine Einheit verändern, um alle jene Ungerichtigkeiten und Benachteiligungen auszuschalten, die sich Jahr für Jahr aufs Neue beweisen. Eine andere entscheidende Aufgabe fällt dem Konferenzrat zu, der sich aus fünf bis zehn Schülern zusammensetzen sollte. Er muß bei den Beratungen des gesamten Lehrerkollegiums um Versetzung oder Nichtversetzung mitdiskutieren können und bei Nichtversetzung ein Veto-Recht besitzen. Sollte keine Einigung oder Mehrheit für den Konferenzrat zustande kommen, wird die Entscheidung an die nächst höhere Instanz weitergegeben, die ebenfalls mit Vertretern des SDO belsetzt ist, etc.

Ein weiteres Aufgabengebiet fiele dem SDO zu, wenn es ihm gelänge, die Nazi- Vergangenheit verschiedener Lehrer aufzuspüren. Auf Plakaten und Flugblättern müssen die Ergebnisse bekannt gemacht und die Entlassung dieser Lehrer gefordert werden. In besonders schwerwiegenden Fällen kann man eine Unterschriftenaktion starten und die Entlassung sogar beim Kultusministerium oder einer anderen zuständigen Stelle verlangen.

Außerdem muß man versuchen, die Studienräte an einer ihrer bemerkenswertestens Schwächen treffen: ihnen wie fast allen Konservativen ist es kaum möglich, über sich selbst zu lachen. Deshalb gilt es, diese Schwäche auszunutzen und beispielsweise eine Lehrermannschaft zum Fußball- oder gar Rugbyspiel gegen den SDO aufzufordern. Man kann sich in diesem Zusammenhang noch eine ganze Menge einfallen lassen.

Den Rahmen, den ich aus täglichen Erfahrungen heraus bruchstückhaft ausgesteckt habe, braucht selbstverständlich nicht vollständig ausgeführt werden, sondern bietet bestenfalls anregenden Stoff für die anfänglichen Vorhaben einer Schülerorganisation.

Die Gegner einer Schülerorganisation werfen allerdings zurecht ein, daß ein Abbau der Macht der Lehrer zwar notwendig sei, daß man aber selber bei dieser Auseinandersetzung, die an den Pfeilern der Lehrerautorität herumnagt, die Macht der Schule unmißverständlich zu spüren bekommen wird. Das bedeutet, daß sich daraus mit Sicherheit Nachteile für die einzelnen SDO-Mitarbeiterim Unterricht und im Zeugnis ergeben werden. "Sie wollen doch bis uns das Abitur machen", ist ein wirkungsvoller Zügel für die Aktivität kritischer, jedoch unabhängiger Schüler. Auch die Eltern werden aus den gleichen Gründen ihren Kindern von einer Teilnahme abraten oder sie mit allerlei Repressalien gefügig machen.

Die Überwindung dieser Machtdifferenz Eltern - Schüler und Lehrer - Schüler ist also eines der schwerwiegendsten Probleme. Ihre Diskussion sollte bei der Gründung eines SDO nicht unterschlagen werden, Was mir im Augenblick dazu einfällt, sind Rückzieher, die ich zugunsten einer besseren Lösung jederzeit bereitwillig aufgeben werde. Das bedeutet unter anderem, daß das sozialistische Attribut vorerst unter den Tisch fallen muß, außerdem müßte man sich am Anfang auf Aktionen beschränken, gegen die niemand im Grunde genommen etwas haben kann: Alle Vorhaben, die einen terroristischen, revolutionären Anstrich haben müssen zurückgestellt werden. Das liefe darauf hinaus, daß man sich beispielsweise mit einem schwangeren Mädchen solidarisiert, weil es von der Schule verwiesen wurde; woher auch das schwangere Mädchen nehmen!

Ach, mir ist auch ganz unwohl beim Gedanken an diese Einschränkungen und Beschneidungen. Einer solcher Schülerorganisation fehlte ganz einfach der Reiz, der von einer anarchistischen revolutionären und terroristischen zweifellos ausgehen wird.

2. Erich Eisner (SDS München)

- Zur Frage der Gründung einer Schülerorganisation -

Im letzten Rundschreiben des BV erwähnen Genosse Reiche und Genosse Gäng das Projekt eines "SDSch", also eines "Sozialistischen Deutschen Schülerbundes."

Die Frage einer Schülerorganisation ist tatsächlich aktuell und der BV hat auf [illegible]r letzten Sitzung beschlossen, eine ausführliche Diskussion im Verband mit den bereits [illegible]den fortschrittlichen Schülerarbeitskreisen herbeizuführen und möglichst noch in dies[illegible]jahr eine Gründung zu versuchen. Allerdings besteht kein Beschluß, der die Diskuss[illegible] vorne[illegible]rein auf einen "S D S ch" einengt oder der schon ein bestimmtes Verfahren fü[illegible]ründung [illegible]stlegen würde. Auch die Frage von Umfang, politischem C[illegible]arakter und Benennung der Organisation müssen zuerst in einer allgemeinen Verbandsdiskussion geklärt werden, sie können erst auf der Basis dieser Diskussion und auf der Basis ausreichender Erfahrungen und Informationen entschieden werden. Würden wir anders verfahren, so könnte es sein, daß wir unsere Arbeit auf Wunschdenken anstatt auf einer marxistischen Analyse aufbauen.

Warum Schülerorganisation und welche Ansätze gibt es?

Es geht sicher nicht um einen Jung-SDS oder nur um eine "Nachwuchsquelle". Es geht u.a. auch darum, ein Gegengewicht gegen die "Schule der Nation", die ihre Finger jetzt nach allen Abiturienten austreckt, zu schaffen. Es geht weiter darum, den vorhandenen und schon ganz beachtlichen Protest von Schülern gegen ein autoritäres Schulsystem, gegen Militarismus und Faschismus, gegen Bevormundung und sexuelle Unterdrückung usw. zusammenzufassen, also die fortschrittlichen, krtischen, aus verschiedenen Ansatzpunkten heraus oppositionellen Tendenzen innerhalb der gesamten Schülerschaft zu sammeln. Die Organisierung dieser tatsächlichen Bewegung wäre ein Schritt vorwärts und zugleich die wichtigste Voraussetzung einerseits, um die so organisierten weiterzubringen, andererseits um ein wirkliches Instrument für eine Breitenarbeit innerhalb der gesamten Schüler zu schaffen.

So würde der beliebte Begriff von der "notwendigen Massenbasis" wirklich mehr werden als Geschwätz und Spekulation.

Selbstverständlich müssen wir von den vorhandenen Ansätzen ausgehen. Solche Ansätze sind z.B. die zahlreichen kritischen und fortschrittlichen Schülerzeitungen, die es schon gibt (und die ich zur Lektüre empfehlen würde, gewissermaßen als die Elle, an der das "SDSch"-Projekt mal gemessen werden sollte), bestimmte Schülerarbeitskreise, Schüler, die am Ostermarsch teilnehmen wollen oder die sich für Wehrdienstverweigerung interessieren usw.

Arbeitsmöglichkeiten

Ausgehend von den vorhandenen Ansätzen, von dem, was heute schon getan wird, können wir schon einiges über die Arbeitsmöglichkeiten solcher Gruppen sagen; es kommen u.a. in Frage:

1. Diskussionen und Aufklärung über den Bundeswehrdienst, Hilfe bei Verweigerung oder Vermeidung.
2. Diskussion und Aufklärung über Lese- und Geschichtsbücher, Sozialkunde usw.; eventuell Veranstaltung einer eigenen "Sozialkunde", antifaschistische Aufklärung (besonders Kampf gegen profaschistische Lehrer).
3. Fortschrittliche Schülerzeitungen
4. Sexualaufklärung (nebenbei: ein bewährter Punkt der Zusammenarbeit: Besorgen von Anti-Baby-Pillen)
5. Gegenseitige Hilfe bei der Bewältigung der Anforderungen der Schule (das politische Engagement darf kein Zurückbleiben in der Schule zur Folge haben, die Schüler können sonst "fertig gemacht" werden)
6. Eigene Räume der Gruppen für Diskussionen, Filme, Parties, Musik usw. (eigene, nicht die SDS-Räume)
7. Lesen und diskutieren (von Zeitschriften, Filmen, Taschenbüchern)
8. Teilnahme am Ostermarsch. Die örtlichen Gruppen oder Zusammenfassungen von Gruppen sollten auch offizielle Mitglieder der "Kampagne" werden.
9. Teilnahme oder wenigstens Diskussion über Vietnamaktionen, Antikriegsdemonstrationen, 1. Mai usw.

10. Protestsongs

11. "Emanzipations"-Engagement der Schülerinnen

12. Kulturrevolutionäre Aktionen (z.B. gegen Religionsunterricht, "Charakterbildung", zwangsweisen Kirchenbesuch - Bayern -, uninterssanten Musikunterricht, Schulfeierstunden usw.)

13. Für die, die Interesse und genug Zeit und Freiheit haben, Wochenendseminare über Schülerzeitungsprobleme, soziologische, historische Probleme, wo möglich auch schon Probleme der Arbeiterbewegung.
   (hier - aber auch bei fast allen anderen Punkten - haben die SDS-Genossen entscheidende politische und pädagogische Aufgaben)

Selbstverständlich sind diese Punkte so etwas wie ein Maximalprogramm, wir finden aber alle Punkte mindestens ansatzweise schon jetzt in der Arbeit fortschrittlicher Schüler. Der Kernpunkt sozialistischer Arbeit liegt nun nicht in dem - vergeblichen - Versuch, dieser Bewegung schnell ein rosa MänteIchen überzuwerfen, sondern in der Stärkung, Organisierung und Unterstützung dieser Bewegung und in der Arbeit in ihr.

Die Punkte geben auch etwas Aufschluß, worum es sich - vorerst - bei dieser Bewegung handelt: um divergierende, aber doch durch bestimmte Erkenntnisse sich zusammenschließende kritische, antiautoritäre, linksliberale, sozialistische u.a. Strömungen, die einige leicht erkennbare gemeinsame Feinde [1] haben. Wollen wir uns n i c h t dieser Bewegung annehmen, sondern durch den "SDSCH" eine neue, andere schaffen? Oder wollen wir diese Bewegung einfach "sozialistisch" etikettieren? Abgesehen von der bedenklichen Verkürzung des Begriffes, würden die Schüler dieses in Wirklichkeit fremde Etikett überhaupt annahmen? Und was würde es dieser Bewegung p o l i t i s c h nützen? Und taktisch?

Zum Vorgehen bei der Gründung .

Wo funktionierende Schülerarbeitskreise in dem genannten Sinn nicht vorhanden oder uns nicht bekannt sind, wäre es falsch, sich nur auf die Mitglieder und Freunde des SDS zu stützen und aus ihnen die Gruppen, Arbeitskreise usw. zu bilden. Diese Genossen sind n i c h t die Schülerbewegung, sie sind die bewußten Elemente innerhalb dieser Bewegung und die optimale Ausnutzung ihrer politischen und pädagogischen Rolle muß für das Konzept der Organisation bestimmend sein.

Die Gründung der Gruppen muß vor sich gehen in enger Kooperation mit den vorhandenen Schülergruppen, Zeitungen, Ostermarsch-Schülergruppen usw. und unter Auswertung der Verbindungen und Kenntnisse solcher Organisationen wie der Kampagne für Abrüstung, der IdK, des VK, der Naturfreundejugend usw. (Es gibt z.B. Schulen, an denen keine fortschrittlichen Gruppen oder Personen erreichbar sind, von solchen Schulen haben sich aber oft Schüler als potentielle Verweigerer bei der IdK gemeldet. Das ist eine Möglichkeit des Einstiegs, es gibt noch mehr).

Die Herausbildung der Organisationen wird differenziert vor sich gehen, sie wird die Form von Redaktionsgruppen, Mitarbeiterkreisen, lockeren Arbeitskreisen und auch von festen Gruppen annehmen, es wäre falsch, eine Anlehnung an Aufbau und Satzung des SDS zu erwarten; es wäre auch

---

1) Die aber nicht (oder bestenfalls in der Phrase) als der Kapitalismus erkannt und bekämpft werden. Dieses Bewußtsein kann von u n s n u r in der Korrespondenz mit der Praxis und Erfahrung der Schülerbewegung selbst erzeugt werden. Die Praxis (s.o.) wird aber die entsprechenden Erfahrungen ständig produzieren.

unzweckmäßig, einen Dachverband "hinzustellen", bevor nicht eine gewisse Quantität auf der lokalen Ebene erreicht ist.

Organisationsfeindliche Bedingungen

Dieses differenzierte Vorgehen wird außer durch das Bewußtsein der fortschrittlichen Schüler auch durch die organisationsfeindlichen Bedingungen notwendig, unter denen sich Schülerarbeit überhaupt abspielt.

Bei der Hälfte der Schüler, die im oder beim Münchner SDS arbeiten ist ein mühsames und schlaues System von Tarnung, Vorwänden und Schulschwänzen die Voraussetzung ihrer politischen Tätigkeit [1]. Das geht nicht mehr so ohne weiteres bei einer vor Schule und Eltern relativ offen daliegenden und bekannten direkten S c h ü l e r a r b e i t . Das muß im Konzept der Schülerorganisation berücksichtigt werden. Manche Genossen haben vielleicht schon vergessen, daß Schüler a b h ä n g i g sind und daß sie auf dem Gebiet der politischen Argumentation - trotz ihrer vielfach besseren Einsicht - ihren erwachsenen Gegner unterlegen sind. Ihr politisches Wissen ist naturgemäß äußerst lückenhaft. Schließlich besteht für die Merheit eine ständige und drohende Verbindung von politischem Auftreten und Erreichung des "Klassenziels".

Wir werden trotzdem erreichen, daß sie sich engagieren und organisieren, allerdings werden sie das nicht tun für "Sozialismus" oder irgendwas sonst, sondern nur für die Einsichten und Ziele, die ihnen direkt aus ihren eigenen Ansatzpunkten und aus den von ihnen erlebten Konflikten entwickelbar erscheinen. Das wird durch die Praxis der gegenwärtigen Schülerarbeit bewiesen. Genossen, die dem "S" nachweinen, mögen das "S" doch lieber als Aufforderung zu einem nicht formalen sondern wirklich sozialistischen Herangehen von unserer Seite auffassen; sie mögen beachten, daß "Sch" kein Berufsstand und keine Klasse, sondern ein Durchgangsstadium ist (und entsprechend behandelt werden muß) und daß "S" kein Klebeetikett ist.

Für die Sozialisten, die noch Schüler sind,ist es freilich notwendig, daß sie sich auch außerhalb der Schülerbewegung (an der sie führend teilnehmen) organisieren und daß sie auch noch andere Arbeit machen. Hierfür erscheint mir der SDS gerade als die geeignetste Organisationsform; so würde auch eine feste Verbindung zwischen uns und der Schülerorganisation hergestellt.

Für den Schülerverband empfiehlt sich entsprechend seinem wirklichen politischen Inhalt und entsprechend seiner taktischen Situation ein Name wie "Unabhängiger Demokratischer Schülerbund" oder ein anderer Name, der noch besser den unabhängigen, kritischen, nonkonformistischen, antimilitaristischen Geist der Organisation zum Ausdruck bringt. Der Name muß der wirklichen Orientierung entsprechen, er darf nicht dem widersprechen, was die Schüler gegenüber den Eltern und Lehrern, im Unterricht und in der Diskussion tatsächlich vertreten und zu propagieren imstande sind. Was übrigens passieren würde, wenn wir die Freunde Angriffen aussetzen, die auf der Ebene des Geschwätzes von Mauer, Stalin, "Ideologie" usw. liegen, können wir uns ausmalen.

Aufbau, Zusammensetzung und Name der Einzelgruppen werden wenigstens vorläufig sehr verschieden sein; das schadet nichts und es ist sogar zweckmäßig, z.B. eine Gruppe, die als Gruppe "contra" (oder ähnlich) schon besteht und arbeitet, als Gruppe "contra" in den Verband aufzunehmen (das wird wahrscheinlich häufig die Entwicklung sein und auch unter diesem Aspekt

erscheint ein "SDSch" als Planung vom grünen Tisch).

Selbstverständlich wird es auch lokale Bedingungen geben, unter denen der Verband am besten ein "S" in seinem Namen hat.

Eine sozialistische Aufgabe

Die wirkliche Aufgabe der Sozialisten kann zusammengefaßt werden, als die Aufgabe, die fortschrittliche Schüleropposition zu sammeln und zu organisieren. Sollte uns das gelingen, so würde es sich hervorragend auszahlen.

Eine solche Organisierung entspräche dem gegenwärtigen Hauptwiderspruch, nämlich dem Widerspruch zwischem dem reaktionären, antidemokratischen und militaristischen Imperialismus (und seinen konkreten Agenturen, Auswirkungen, Zuchtbunkern) einerseits und der sich formierenden demokratischen und sozialistischen Opposition andererseits. Weil sie den objektiven Notwendigkeiten entspräche, wäre diese Organisation sehr erfolgreich.

Gleichzeitig würde sie eine gute Basis für die zukünftige Arbeit bilden, sie hätte für uns einen turmhohen Vorteil gegenüber ähnlichen orientierten Bewegungen (wie etwa dem Ostermarsch), diese allgemeine fortschrittliche und demokratische Oppositionsbewegung würde nämlich von vorneherein u n t e r d e r F ü h r u n g d e r S o z i a l i s t e n stehen und würde uns maximale Agitationsfreiheit bieten und so zu einer bedeutenden Quelle und Voraussetzung der Bildung r e v o l u t i o n ä r e r s o z i a l i s t i s c h e r Kräfte werden.

Dieses Problem muß unbedingt eingehend diskutiert werden, bevor wir "gründen", jedenfalls bevor wir irgendwelche verbindlichen Festlegungen beschließen oder gar einen Dachverband gründen. Es würde sich empfehlen, die Frage theoretisch und auf der Basis konkreter Informationen zu klären, am besten in Form eines Bundesseminars von interessierten Genossen und von Genossen und Freunden, die an der Schülerarbeit teilnehmen.

3. Robert Kurz (SDS Nürnberg-Erlangen)

- Antwort auf die Stellungnahme Eisners -

Das Thema ist für uns in diesem Winter nicht mehr relevant, wir können jetzt ganz am Anfang nicht zu viele Projekte auf einmal in Angriff nehmen. Aber das Problem wird auf jeden Fall diskutiert. Ich persönlich halte die Gründung einer Schüler-Dachorganisation für verfrüht, jedenfalls aus Nürnberg-Erlanger Perspektive. Sie hätte nur dann einen Sinn, wenn bereits genügend gutorganisierte oppositionelle Schülergruppen bestehen würden, und diesen Eindruck habe ich durch-aus nicht. Ein solch wünschenswerter Zustand kann vielleicht dadurch erreicht werden, daß sich der SDS stärker als bisher um oppositionelle Schülergruppen, um Jugendorganisationen und nichtorganisierte Schüler bemüht und versucht, aus diesen Kreisen sozialistische bzw. radikaldemokratische Schülergruppen zu bilden, die dann selbständig weiterarbeiten und später zusammengefasst werden könnten. Ein solches Vorgehen hätte meiner Ansicht nach mehr Realitätscharakter als die voreilige Gründung einer Dachorganisation "am grünen Tisch", wie Du sehr richtig schreibst. Außerdem würde ein sozialistischer Schülerbund eine gewisse

Exklusivität für einige wenige bedeuten und vielleicht Schüler ausschließen, die durchaus zum Sozialismus gebracht werden könnten, so aber später bei der HSU oder beim LSD landen. Bei 15 - 20 Jährigen kann man nicht dasselbe voraussetzen wie bei älteren Studenten. Ich stimme den Überlegungen Eisners im Wesentlichen zu, halte aber die Gründung einer Dachorganisation im Augenblick in jedem Fall für verfehlt, ganz gleich unter welchem Etikett, solange nicht eine hinreichende örtliche Quantität erreicht ist.

Zu den 13 Punkten über Arbeitsmöglichkeiten: Für die Zusammenarbeit mit politisch bewußteren Schülern ergeben sich, was die Schule selbst betrifft, als Ansatzpunkte wohl vor allem:

1. die Diskussion über Lehrbücher - hierzu müssten sich SDS-Genossen besonders mit dem Thema befassen, um gut informiert zu sein (evtl. eigene Arbeitskreise und Dokumentationen)

2. Schülerzeitungen

3. Kampf gegen profaschistische Lehrer - wo es sich um krasse Fälle, z.B. NPD-Mitglieder handelt, könnte dieser Kampf auch in die Öffentlichkeit getragen werden (meist ein gefundenes Fressen für lokale Zeitungen!)

Kulturrevolutionäre Aktionen halte ich für illusorisch, es sei denn, daß an einer Schule schon eine gewisse Massenbasis erreicht ist. Wo ein "Club Voltaire" oder etwas ähnliches besteht, sollte die gute Kontaktmöglichkeit zu oppositionellen Schülern ausgenutzt werden. Für die Masse der weniger bewußten und unorganisierten Schüler halte ich als Ansatzpunkte für möglich:

1. Sexualaufklärung (aber in welcher Form?)

2. Protestsongs - ein sehr wichtiger Punkt. Gerade für jüngere und politisch noch wenig bewusste Schüler ist der Protestsong eine erste Artikulationsmöglichkeit, und die Protest- und Folk-Bands schießen ja auch überall wie Pilze aus dem Boden. Gemeinsame Veranstaltungen mit diesen Bands sollten arrangiert werden, die dann in jeder Hinsicht dem Bewußtseinsstand der Schüler angepaßt sein müssten. Aufklärung über deutsche und englische Pseudo-Protestsongs (Freddy) durch Diskussion, Parodien u. ä. Übrigens sind oft auch Beat-Bands ganz gut ansprec[h]bar. Der ganze Komplex verdient überhaupt eine nähere Durchleuchtung.

3. Aufklärung über und Kampf gegen bestimmte Sorten von Jugendliteratur: reaktionäre Jugendzeitschriften, Produkte der Springer-Presse (Bravo", "O.K.") und faschistoide Science Fiction, die in den letzten Jahren gerade unter Oberschülern immer reißenderen Absatz gefunden haben.

4. Gezielte Flugblattaktionen (möglichst in ironisch-lässiger Form) vor Demonstrationen und Veranstaltungen aller Art, am besten in der Nähe von Schulen undan zentralen Plätzen.

<u>4. Klaus Gilgenmann (SDS Berlin)</u>

<u>- Schüler in Metropolen -</u>

In der Theorie der "Dörfer" und der "Städte", wo in Analogie zum Verlauf der chinesischen Revolution angenommen wird, daß die Weltrevolution auf dem Wege der antiimperialistischen Revolutionierung der "Dörfer" - also der verelendeten Länder - zur Einkreisung und Verweigerung gegenüber den "Städten" - also den hochindustrialisierten und hochintegriert

kapitalistischen Ländern - kommen muß -: in dieser Theorie blieb bislang ein Bereich konsequent ausgeklammert, nämlich Hinweise darauf, was in den Städten zu geschehen habe, damit sie selbst reif für die Weltgesellschaft werden, d.h. zunächst daß sie nicht ihr ganzes militär.technisches Potential zu deren Zerstörung verwenden, sondern im Augenblick der effektiven Kollaborationsverweigerung der Ohnmächtigen zur Vernunft kommen. Eine Idee wie zu versuchen wäre, diesem nicht ganz zufälligen Mangel der chinesischen Theorie aus unserer besseren Kenntnis (gerade der subjektiven Seite) der Situation in den Metropolen abzuhelfen, fußt zum einen auf Ergebnissen der hiesigen Jugendsoziologie (die bisher noch kaum rezipiert wurden) zum anderen auf jüngsten Erfahrungen mit Schülerdemonstrationen (gegen Verkehrsmitteltarife, NPD-Versammlungen) in Westdeutschland. Die Beschäftigung mit Schülern ist im SDS nicht neu; bislang hat es sich aber dabei - sei es in einem neuen Lehrer- Schülerverhältnis, sei es in gemeinsamen Veranstaltungen (bei denen die Schüler meist in der Minderzahl waren) - um Versuche gehandelt, Schüler als Einzelindividuen für die Interessen des SDS aufgeschlossen zu machen bzw. sie als Nachwuchs zu integrieren. Eine ganz andere Sitatuion entstünde aber, nähme der SDS sein Interesse an Schülern allgemein wahr, als an denen, die sie schon sind, der Nachwuchs dieser Gesellschaft. Will der SDS dies, - in der Annahme, daß etwa für die große Mehrheit der Oberschüler die Integration in diese Gesellschaft und die dafür typischen Sozialisationsprozesse noch nicht in ein so entscheidendes oder schon entschiedenes Stadium getreten sind wie für die Mehrheit der Studierenden - so könnte er diese Gesellschaft vielleicht an ihrem empfindlichsten Punkt treffen. Nicht ohne Notwendigkeit erweckten bisher die Demonstrationen derer, die das Privileg des Studierensinnehaben, nur die Ressentiments der Mehrheit. Radikaldemokratische Aktionen einer relevanten Mehrheit der Pubertierenden dieser Gesellschaft würden aber, durch den SDS möglicherweise in allen Städten der Bundesrepublik permanent gehalten, die Gesellschaft tendenziell vor die Alternative stellen, entweder ihren Nachwuchs totzuschlagen oder ihr repressives Verhältnis zu ihm zu ändern. Eine Alternative also, die g l e i c h z e i t i g wäre mit der, die für die reichen Länder im Verhältnis zu den armen entsteht.

Eine Theorie die diese Alternative als die entscheidende ansieht, trüge Konsequenzen für das Selbstverständnis und die bisherige Organisation des SDS. Der hat die eigene historische Leistung, nämlich die Loslösung von der Sozialdemokratischen Partei insofern nicht begriffen, als er noch immer nach der verlorengegangenen Partei sucht, sei es nun die KPD, SED oder wieder eine linke SPD oder aber auch indem er sich selbst wehmütig als die einzige, intakte, sozialistische Organisation bezeichnet. Die Entfremdung zwischen utopischem Anspruch, Zielvorstellungen, konkreten Arbeitsforemen des SDS und subjektiven Lebensbedingungen seiner Mitglieder geht wohl nicht zum geringen Teil auf die unerträgliche Belastung durch eine Situation zurück, in der der SDS sich selbst implizit oder explizit zum Subjekt der Geschichte erheben zu müssen meint. Eine Befreiung daraus könnte heißen: die Organisation des SDS als Randbedingung für das Freiwerden der Kräfte des allgemeinsten reprimierten Teiles unserer Gesellschaft, der Jugendlichen und Kinder. Für diese träte der SDS auf als Vermittler eines ganz anderen Wissens über die Gesellschaft und über sich selbst als die Schule es ihnen vermitteln kann. (Andererseits hätte ein Schulungsprogramm für die SDS-Mitglieder selbst hier seine Bedeutung.) Die Demonstrationen müssten als befreiend, als anhaltender Spaß empfunden werden können, wobei die kompensative Seite daran bewußt gemacht werden müßte. Ebenso wie anstelle der repressiven Kanalisierung der Sexualität (petting o.ä.) die Repression selbst ins Bewußtsein zu heben wäre. Die üblichen selektiven Sanktionen der Gesellschaft, etwa Entfernung aus

einer Oberschule, könnten vom SDS ohne weiteres aufgefangen werden durch Vorbereitung der Betroffenen auf ein externes Abitur. Dem SDS hätte es also darum zugehen, die psychologische Drohung aufzuheben, die dem Integrationsmechanismus der Gesellschaft vorrangeht.

Wäre diese Theorie nun also evolutionär zu nennen, wo sie doch weder die Übernahme der Produktionsmittel noch die politische Machtergreifung zur Tagesfrage erheben kann? Diejenigen, die die Entwicklung der Sowjetunion für notwendig halten und selbst in der DDR die Bedingungen für einen Sozialismus erfüllt sehen, werden es sagen. Auch die werden es sagen, die dem ganzen Histomat - vielleicht zu Unrecht - nicht mehr über den Weg trauen, und mit der eigenen Ungeduld die Bedingungen für revolutionäres Agieren schon gegeben sehen. Bedeutet aber revolutinär sein, eine vernunftgemäße Änderung des institutionellen Verhaltens der großen Mehrheit herbeizuführen, so könnte sie vielleicht aus dem Idee vom Potential der "Kinder" in den "Metropolen" im Zusammenhang mit der Entwicklung der "Dörfer" auch ein revolutionäres Theorie-Praxis-Verhältnis ergeben. Es ist klar, daß hier noch eine Unzahl von Fragen offen bleiben. Die zentrale Diskussion im SDS sollte jedoch*damit beginnen, bevor nicht Ansätze zu konkreten Erfahrungen etwa unter Rückgriff auf die Organisation der Falken gemacht wurden.

*ni

5. Eine erste Antwort aus der Schule

Einer Pressenachricht hatten wir entnommen, daß ein Schülerkabarett, das sich in politisch sehr fortschrittlicher, geschickter und bewusster Weise mit Themen wie "Notstand" und "Vietnamkrieg" beschäftigt hatte, zunächst formal von der Schulleitung unterstützt wurde. Als dieser durch Presseberichte etc. richtig bewusst geworden war, "wassich abspielte", wurde diese Kabarett-Gruppe einer Reihe vornehmlich indirekter Repressionen ausgesetzt. Wir schrieben ihnen, boten ihnen unsere Hilfe an und berichteten ihnen von den Diskussionen um die Organisierung eines Sozialistischen Schülerbundes. Die nachstehende "abschlägige" Antwort veröffentlichen wir aus folgendem Grund: Sowohl die büromäßige Gliederung der Antwort als auch einzelne 'glatte" Wendungen als erst recht die Vorgeschichte der Auseinandersetzungen dieses Kabaretts (wir hatten an seine Schuladresse geschrieben), lassen vermuten, daß diese Antwort mindestens "mit" vom Rektorat stammt. Doch selbst wenn dies direkt nicht der Fall sein sollte, die Schüler und die Schüler die Kooperation mit ihrem Rektor vielmehr im Zuge der Auseinandersetzungen mit diesem bereits "verinnerlicht" hätten, ist es ein typisches Beispiel für die Schwierigkeiten, auf die wir bei Lehrern, Eltern und den Schülern selbst werden rechnen müssen. Gegen die Organisation von sozialistischen Schülergruppen spricht dieser Reaktionstypus nicht; er verweist aber auf die noch ausstehende Diskussion der Organisationsform.

RR/PG

DAS KABARETT
" x y z "

Betr.: Antwort auf Ihren Brief

Sehr geehrter Herr Reiche!

Zuerst möchte ich mich einmal im Namen der "x y z " für Ihren Brief bedanken. Wir haben ihn und vor allem die Anlagen mit großem Interesse gelesen. Außerdem freut es uns sehr, daß Sie unsere Arbeit großartig finden. Doch nun möchte ich zu Ihrer Bitte kommen: Wir haben weder Interesse daran, einen sozialistischen Oberschülerbund zu gründen, noch einen indirekten Kampf gegen unsere Schule durchzuführen. Vielmehr wollen wir die Entscheidung des Kultusministeriums abwarten, ob ein Schülerkabarett überhaupt bestehen sollte. Nach unserem ersten Programm zogen wir unbeabsichtigt durch den Blätterwald. Vieles wurde durch die Zeitungen verdreht dargestellt, und vielleicht haben Sie dadurch auch ein falsches Bild von uns bekommen. Es liegt augenblicklich auch nicht in unserem Interesse, daß Sie die "ganze Macht Ihrer Organisation in unseren Kampf einschalten"!

Mit freundlichen Grüßen
Der Vorsitzende der "xyz"

6. Aus dem Rundschreiben des BV

Beim BV und in einigen Gruppen wird seit längerer Zeit die Zusammenfassung der Schüler, die im SDS mitarbeiten und die Organisierung der Schülerarbeitskreise im Umfeld des SDS zu einem SDSch diskutiert. Es ist selbstverständlich, daß die Gründung einer solchen Organisation in unserem Interesse liegt, nicht als Konkurrenzorganisation zu den Jungsozialisten etc. und nicht als Rekrutierungsfeld für den SDS sondern als eigenständige politische Kraft mit ganz spezifischen Zielsetzungen.

Damit sich eine derartige Organisation bilden kann, müssen natürlich ganz bestimmte Randbedingungen erfüllt sein. In der BRD gibt es z.B. über 2 000 Oberschulen. Wenn es gelingt, von etwa 30 Oberschulen und ca. 400 Schülern ausgehend die Gründung eines SDSch politisch und organisatorisch vorzubereiten, würde das nach unserer Einschätzung für eine Konstituierung ausreichen. Zweifellos wird die Gründung dann von der Öffentlichkeit und besonders von Lehrern, Rektoren und Eltern als Kampfansage aufgefasst werden.

Nach ausführlicher Diskussion und nach Analyse einiger "freier" Schülerarbeitskreise können wir das Argument, die Organisierung von Schülern unter dem Titel "sozialistisch" werde unsere Einflussmöglichkeiten an den Schulen verringern, nicht mehr anerkennen. Bei den Schülern, bei denen der SDS attraktiv ist, ist er es als sozialistische Organisation. Die Probleme, die von den Schüler subjektiv realisiert werden, unterscheiden sich freilich von denen der Studenten im Grade der gesellschaftlichen Abstraktheit: zuvorderst stehen sexuelle Probleme, die Frage der Verfügung über die Freizeit (also gegen Kontrolle durch die Schulbürokratie), Bundeswehr und Kriegsdienstverweigerung, rationaler Zeugnis- und Notengestaltung etc. Erst an zweiter Stelle stehen solche "abstrakten" Themen wie Entwicklung des Kapitalismus, Marxismusdiskussion, Notstandsgesetzgebung etc.

Entsprechend den absolutistischen Herrschaftsverhältnisse Lehrer und Eltern gegen Schüler wird eine sozialistische Schülerorganisation (mit Recht) von den Herrschenden als Angriff auf das Machtgefüge verstanden werden. Daher werden bei der Gründung eine ganze Anzahl von Widerständen zu überwinden sein.
Um die notwendigen Randbedingungen für das Entstehen eines SDSch zu schaffen, sind einige Vorbereitungen nötig. Wir bitten Euch daher

a) uns alle Euch bekannten resp. von Euch betreuten Schülerarbeitskreise mit Angabe des Schultyps etc. zu nennen;

b) alle potentiell aktiv an der Gründung mitarbeitenden Schüler zu ermitteln;

c) mit Schülern die Frage eines SDSch zu diskutieren;

d) uns möglichst bald Erfahrungsberichte zu schicken.

Der Zeitplan, den wir so etwa durchhalten wollen ist:

Januar 1967: zentrale vorbereitende Besprechungen der "opinion-leaders" einzelner Schülergruppen und Schulen, die Programm und Satzung vorbereiten sollen.

Pfingsten 1967: Gründungsversammlung.

Es ist klar, daß dafür Eure intensive Unterstützung erforderlich ist.

7. Reimut Reiche und Peter Gäng (BV)

- Zur Gründung eines sozialistischen Schülerbundes -

Wenn man die Gründung eines sozialistischen Schülerbundes diskutiert, kann man nicht so tun, als handle sichs dabei um einen Akt, der den SDS in einer Altersrichtung verlängert oder als handle es sich darum, ein neues revolutionäres Subjekt zu setzen. Es handelt sich andererseits aber auch nicht um einen Akt, der eigentlich den SDS nur betrifft als einen, der eine Gründung begünstigt und die Schüler, als solche, die sich in einem sozialistischen Schülerbund zusammenschließen. Vielmehr muss auch die Gründung einer derartigen Organisation im Rahmen der Notwendigkeit sozialistischer Praxis diskutiert werden, im Rahmen der Praxis, die der SDS leistet respektive nicht leistet.

Bis jetzt stehen im SDS oft voneinander relativ unabhängig, personal getrennt und selten im Zusammenhang diskutiert, verschiedene "Praxisbereiche"; die Genossen, die sich in den einzelnen Bereichen betätigen, stehen oft kaum noc-h in Diskussion mit den anders wirkenden Genossen. Man kann diese Bereiche formal etwa untergliedern in Hochschule, Schüler, Arbeiterjugend, Arbeiter, weitere Erwachsenenarbeit. Diese Bereiche sind nicht unabhängig voneinander zu betrachten, vielmehr herrscht zwischen ihnen ein kompliziertes System von Beziehungen, die erst die Relevanz der einzelnen Arbeit erkennen lassen.

Diskutieren wir zunächst die alte axiologische Festsetzung: der SDS ist insgesamt nur so stark, wie er an der Hochschule ist. Die Genossen, die außerhalb der Hochschule politisch arbeiten, werden an der Hochschulpraxis des SDS gemessen; an der Hochschule schafft sich der SDS sein Kräftepotential für jegliche über die Hochschule hinausweisende politische Arbeit und schließlich hat der SDS als Studentenbund schon definitorisch die Hochschule als primären Arbeitsbereich. Es ist also nicht zufällig, wenn gerade Gruppen, die eine effektive Hochschlupraxis haben, auch auf anderen Bereichen verhältnismäßig erfolgreich arbeiten - dieser Satz gilt auch in der Negation.

Nun hat der SDS, bedingt durch die politische Lage in der BRD, mindestens was seinen faktischen und intendierten Wirkungsbereich angeht, historisch Parteifunktionen übernommen, die permanent den Rahmen des SDS zu sprengen drohen. Der Mangel einer sozialistischen Organisation außerhalb des SDS wird vielleicht besonders deutlich gerade in der gewerkschaftlichen Bildungsarbeit, an der sich der SDS intensiv beteiligt: gelingt es, bei jungen Arbeitern einen gewissen Politisierungsgrad zu erreichen, so daß der Arbeiter die Frage "was tun?" stellt, kann ihm der SDSler nur zum "Abwarten" raten - wahrlich kein sehr weitertreibender Rat. Dieser Widerspruch wird allerdings in demselben Maß aufgehoben werden, in dem die Diskussion um eine außeruniversitäre sozialistische Organisation an praktischer Verbindlichkeit gewinnt. In demselben Maße wird auch der SDS von seinen Ersatzparteifunktionen entlastet, die er eh nur mehr schlecht als recht erfüllt.

In diesem Zusammenhang stellt sich dann auch die Frage nach einer sozialistischen Schülerorganisation. Die Verschleierung gesellschaftlicher Widersprüche fängt nicht erst mit dem Eintritt ins Berufsleben an; dann sind Denk- und Handlungsmuster oft schon so fixiert, daß oft kaum mehr Aufklärungsarbeit möglich ist. Ebenso ist die aktuell erlebte Repression, an hand derer sich politisches Bewußtsein bilden kann, gerade in den Schulen unseres Staates bedeutend genug, um Beachtung zu verdienen. Schließlich stehen dem SDS als einer Studentenorganisation die Schüler von vorneherein näher, als sie etwa einer Partei nahe stehen.

Es gibt in der BRD keine politisch so wenig organisierte Gruppe wie die statistische Gruppe der Schüler. Die Gruppe der Schüler respektive der Oberschüler ist aber zunächst um nichts latent sozialistischer oder der sozialistischen Aufklärung zugänglicher als die Gruppen der jugendlichen und erwachsenen Arbeiter und Angestellten. Zwar erhalten die Schüler mit zunehmendem Alter durch langandauernde Schulausbildung automatisch ein "höheres" Bewußtsein, gemessen mindestens an der Fähigkeit zum abstrakt logischen Denken und gemessen am Faktenwissen. Proportional mit dem Schulwissen wächst möglicherweise zwar die Potenz zu gesellschaftskritischem Denken, nimmt aber gleichzeitig auch die aktuelle Bereitschaft zur politischen Stellungnahme ab. Die Zahl der Schüler, die darauf warten, sich in einem "SDSch" organisieren zu können, in ihm politisch ausgebildet zu werden und durch ihn politisch handeln zu können, ist für den Zeitpunkt der Gründung eines "SDSch" kaum höher als der Anteil von Jungarbeitern in einem Betrieb zu veranschlagen, die, ohne von ihrer Gewerkschaft politisch ausgebildet worden zu sein, "nur" auf Grund der subjektiven Realisierung ihrer Klassenlage in Betrieb und Gesellschaft, eine tendenziell sozialistische Vorentscheidung treffen und, von ihr ausgehend, nach einer adäquaten Formulierung ihres Klasseninteresses und nach einer politischen Durchsetzung ihrer gesellschaftlichen Einsichten suchen. Wir gehen also davon aus, daß der Grad der subjektiven Einsicht in die objektive Lage am Arbeitsplatz bei Schülern nicht höher ist als bei jungen Arbeitern und entsprechend, daß die Fähigkeit bei jenen, die Lage am Arbeitsplatz mit der Ordnung der Gesellschaft im Zusammenhang zusehen, nicht höher ist als bei diesen.

Warum wollen wir dann eine sozialistische Schülerorganisation, warum streben wir nicht vielmehr ein Schülersyndikat an, das an der Schule seinen Ort hat entsprechend der Gewerkschaft im Betrieb? Warum nennen wir diese Schülerorganisation sozialistisch, - diese Organisation, deren Mitglieder eine sozialistische Ausbildung bis zu ihrem Schulabgang nur schwer vermittelt werden kann? Warum fahren wir nicht fort, Schüler weiter und besser in der Form heranzuziehen, wie es bisher in den einzelnen SDS-Gruppen und in ihrem Umkreis geschehen ist?

Unsere Genossen sind bisher auf drei Arten mit Schüler zusammengekommen: einmal institutionell, indem sie Arbeitskreise mit Redakteuren von Schülerzeitungen abhielten (Beispiel: Junge Presse Hessen), dann durch sporadisch entstandene und zufällig zusammengesetzte Schülerarbeitskreise (Beispiel: Arbeitskreis für Schüler des Argument-Klubs), drittens indem sich Jugendliche schon im Schüleralter einer SDS-Gruppe assoziierten.

1. Im ersten "Politisierungs-Typ" spielen der SDS und/oder die Jungsozialisten die Rolle des offiziellen Schirmherren. Die hier engagierten Genossen versprechen sich von ihrer Arbeit u.a. den SDS-Eintritt der an die Universität entlassenen Schüler. In diesen Arbeitskreisen wird vornehmlich gesellschaftskritisches Denken gepflegt. In zweiter Linie werden die Schüler-Redakteure direkt für ihre Arbeit an ihrer Schülerzeitung ausgebildet. "Automatisch" wird so ein beträchtlicher Anteil von ihnen zu jungen SDSlern. Aber nicht schon auf der Schule! Dort sollen sie nicht "sozialistisch" sein, sondern "kritisch". Konsequent sind auch die Initiatoren dieser Einrichtung des SDS, z.B. der frühere BV Liebel, gegen eine explizit sozialistische Organisationsform für Schüler. Ihr Argument ist etwa: Mit der sozialistischen Organisation verbaut man sich so gut wie alle Argumentationsmöglichkeiten und Aktionschancen, die man etwa als institutionelle "Junge Presse Hessen" hat. Dieses Argument ist ernst zu nehmen; es gilt aber für die Schüler nur um so viel mehr als für die im SDS organisierten Studenten,

als die Machtdifferenz zwischen Eltern/Schülern, Lehrerern/Schülern, Rektorat/Schülern größer und ungebrochener ist als zwischen den Studenten und den ihnen gegenüber tretenden Autoritäten. Der Kern dieser Argumentation spricht auch gegen den SDS selbst: sich nicht als Sozialist zu erkennen geben um dadurch vermeintlich umso sozialistischer handeln zu können.

2. Der beispielsweise im Argument-Klub zeiten- und ansatzweise verwirklichte Typ machte aus den Schülern junge kritische Intellektuelle. Sie hörten in diesen Arbeitskreisen schon auf der Schule, was sie sonst erst während des ersten Semesters ihres Soziologie-Studiums an einem "kritischen" Lehrstuhl gehört hätten. Politisch engagierten sich diese Schüler im Ostermarsch und bei den Demonstrationen des SDS. Auf der Oberschule bildeten sie die von Lehrern und Schülern bestaunte linke Avantgarde im Deutsch- und Gemeinschaftskundeunterricht. Für eine solche Organisationsform ist es erforderlich, daß man an zwei oder drei Schüler aus einer Klasse "herankommt". Es kann einem dann leicht gelingen, daß fast die halbe Klasse mit auf den Ostermarsch kommt etc., und die eine Klasse der nächstunteren ihren Geheimtip weitergibt. An den Schulen selbst sind diese Schüler unmittelbar politisch, d.h. die Probleme ihrer Schule ergreifend und bewusst machend, kaum aufgetreten.

3. An der SDS-Gruppe arbeiten als Schüler im Durchschnitt wohl der eine oder andere jüngere Bruder oder, seit jüngster Zeit, Jugendliche mit, die als Provos bezeichnet werden wollen resp. von sich reden machen. Dieser letztere Typ wird in dem Berliner "Entwurf" als genuiner SDSch-Typ herangezogen. Er ist gemeint, wenn von den "Kindern der Metropolen" gesprochen wird. Ihm soll danach die neue Organisation "SDSch" gewidmet sein. Was haben wir dazu zu sagen?

Es kann nicht unsere Absicht als "einzig funktionierender sozialistischer Organisation in der BRD" sein, den SDS "von der Jugend her" beleben oder umgestalten oder dergleichen zu wollen. Es ist ein Zeichen einer Art 'zweiten Phase' der Schwächung der Sozialisten in ihrem politischen Kampf im Kapitalismus, wenn sie nach "neuen" revolutionären Subjekten Ausschau halten, in der Hoffnung, mit ihnen ihre objektive Schwächesituation überwinden zu können. In dem Berliner Papier (siehe Punkt 4) wird der ökonomische Vermittlungspunkt der sozialistischen Bewußtseinsbildung und des Kampfes für eine rational strukturierte Gesellschaft tendenziell aufgegeben und durch einen hormonal-physiologischen "Hebel" ersetzt: durch die Pubertät. Entsprechend werden die zukünftigen revoltierenden Pubertierenden als "empfindlichster Punkt dieser Gesellschaft" klassifiziert, wird die ökonomische und herrschaftliche Stabilität des Systems indirekt als gegeben anerkannt. Man müßte sich dann konsequent darauf einstellen, daß die Gesellschaft nur durch die Mobilisierung eines Tricks der Natur umzugestalten ist. Das ist schon oft versucht worden und genau so oft fehlgeschlagen. Dieses Prinzip auch nur als untergründige und undiskutierte Vorstellung bei der Gründung eines SDSch würde in der Tat "das Selbstverständnis und die bisherige Organisation des SDS" entscheidend verändern: sie würde aus ihm die wehmütig mit dem pubertierenden Elan sympathisierende Erwachsenenorganisation machen, einen zweiten "Sozialistischen Bund". Davor wollen wir nicht nur aus formalen Selbsterhaltungsbestrebungen bewahrt bleiben.

Die Kinder und erst recht die Schüler sind nicht der "am allgemeinsten reprimierte Teil der Gesellschaft". Wenn auch das Proletariat als soziale und ökonomische Kategorie dieser "Teil" nicht mehr in der reinen Form ist wie im klassischen Kapitalismus, - "die Unterdrückung" im Spätkapitalismus hat ihr Objekt nicht gewechselt, sie ist eher "schichtenunabhängig" geworden, insofern als sie immer universeller wird. Über diesen Ansatzpunkt allein können wir die poli-

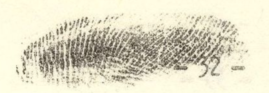
tische Organisierung der Schüler als politisch notwendig und sinnvoll innerhalb unseres gesellschaftlichen Kampfes darstellen. Und nur von diesem Ansatz aus können wir die Frage beantworten: In welchem Maß und wie werden die Schüler fähig werden, ihre objektive Unterdrückung subjektiv so zubegreifen, daß sie sich kämpferisch gegen sie organisieren. Wir sind als Studentenorganisation zur Zeit in einer kritischen Phase unseres Selbstverständnisses der "Hochschulpolitik", unseres Kampfes am Arbeitsplatz. Diese kritische Phase hat sich zuletzt in den Berliner Aktionen des SDS und im Umkreis des SDS (Provo, Kommune) im Dezember ausgedrückt. Der SDS wird sich über kurz oder lang politisch, wenn auch vielleicht nicht so rasch organisatorisch,spalten, wenn die in dem Berliner Papier über die "Metropolen und Kinder" dargebotenen Theoreme (die direkt ja ein Resultat der letzten Aktionen an der FU und in der Stadt sind) zur Theorie der Rolle des SDS und zur Ideologie des SDSsch werden. Dies "neue" Selbstverständnis wird im nächsten Halbjahr im SDS, hoffentlich mit verbindlichem und weitertreibendem Ergebnis für die Gruppen des SDS, diskutiert werden. Die Gründung eines SDSch ist wie die politische Einheit des SDS kein abstraktes bürokratisches Ziel, das sich aus den Rollenvorschriften und den Erfolgskriterien des jeweiligen Bundesvorstandes ergibt. Beide sind politische Notwendigkeiten unserer Lage im Kapitalismus.

In welchem Maß also werden die Schüler fähig werden, ihre objektive Unterdrückung suvjektiv so zu begreifen, daß sie sich politisch gegen sie organisieren? Zunächst bestimmt nicht mehr als die Studenten. Dem in unserer Gesellschaftsform konstanten und nicht zu unterschätzenden Faktor ihres pubertierenden "Gärens" steht als der erfolgreichen politischen Organisierung gegenläufiger Faktor ihre größere Abhängigkeit von Eltern und Lehrern gegenüber. Von allen Schülern, mit denen wir bis jetzt die Gründung eines SDSch diskutiert haben, ist darauf hingewiesen worden, daß er ganz schlicht durch Zensurdrücken (Lehrer) und Ausgehverbot (Eltern) bekämpft werden kann. Durch derlei Sonderrepressalien kann zwar die auf die Schüler ausgeübte Repression vielleicht erst wirklich bewusst werden, aber bis zur materiellen Umsetzung dieses Bewußtseins ist ein weiter, weiter Weg, der nicht durch heimliche Protestaktionen allein begangen werden kann. Und wie werden die Schüler fähig werden, ihre Unterdrückung zu begreifen? Sollen sie arbeiten wie der SDS? In der idellen und fast nie erreichten Einheit von wissenschaftlich-analytischer und aktiv-politischer Tätigkeit? Wir werden nicht das Arbeitsmodell des SDS auf sie übertragen können. Wir müssen uns aber auch ganz entschieden von der sich im SDS abzeichnenden Tendenz hüten,die Schüler sollten vor den Frustrationen der SDSler bewahrt bleiben, sie sollten es "besser haben als wir": sie sollten nicht ihren Zorn, ihren protestlerischen Aktivismus durch die reflexionsgefilterte wissenschaftliche Disziplinierung lähmen. Wir zumindest sind nicht ihre Eltern! Wir werden ihnen nicht zu sagen habes, was sie besser machen sollen als wir. Sie werden es selber lernen müssen. So wie wir bei ihrer Organisierung an alle bestehenden oppositionellen Schülergruppen anknüpfen (z.B. die referierten Typen 1 - 3) und nicht irgend einen als ungeeignet ausklammern, so werden wir sie politisch und wissenschaftlich durch unsere Erfahrungen und durch unsere objektivierte Arbeit unterstützen.

Natürlich gibt es, gemessen an der Zahl der Schüler und der Schulen in der BRD heute nur geringe fest Ansätze für die Gründung einer für die gesamte BRD sprechenden sozialistischen Schülerorganisation. Andererseits gibt es aber überhaupt keine von den Schülern allein getragene und allein ihre Interessen vertrende Schülerorganisation. Die Bildung und die Arbeit in konzeptionell, aber noch nicht formal deklarierten, sozialistischen Schülergruppen muß einer

zentralen Zusammenfassung selbstverständlich vorausgehen. Das ist an einer überschaubaren Zahl von Schulen bereits der Fall. Andererseits werden von einem zentralen als politischem Orientierungspunkt sichtbaren Auftakt entscheidende lokale Anregungen und Gruppenbildungen ausgehen. Es ist nicht richtig, daß die Zeit heute noch nicht "reif" wäre für die Gründung eines sozialistischen Schülerbundes (siehe Eisner und Kurz; in Nürnberg-Erlangen z.B. würde es auch heute noch keine sozialistische Studentengruppe geben, gäbe es keinen SDS-Bundesorganisation). Diese Zeit kommt nicht von selbst. Ein zentraler Schülerkongress, dessen Abschluß möglicherweise bereits in der Gründung der Organisation gipfeln könnte, hat eine sinnvolle, nach außen politische und für die Schüler selbst politisierende und bewußtseinsbildende Funktion. Die auf ihm zu behandelnden Themen werden von der Situation der Schüler in der BRD selbst vorgegeben; sie fallen mit der nächsten politischen Aufgabe einer Schülerorganisation zusammen.

Wir nennen diese zukünftige Schülerorganisation "sozialistisch" weil es keinen konsequenten Grund gibt, sie nicht sozialistisch zu nennen, der nicht auch gegen den SDS spräche. Es gibt in der BRD in absehbarer Zeit außerhalb des SDS keine Kraft, die den Schülern helfen könnte, sich in ihrem Interesse zu organisieren. Die Schüler selbst sind aus vielen Gründen dafür noch nicht in der Lage und werden aus "eigener Kraft" nicht soweit kommen (geringer Bewußtseinsstand, überhaupt keine Formen überregionaler Kontakte, keine finanzielle Basis und keine Erfahrung für eine Organisierung politischer Diskussionen und Aktionen, gegen Null gehende Möglichkeit der "Abkömmlichkeit" vom Elternhaus, etc.). Die Widersprüche zwischen Eltern/Schüler und Schule/Schüler werden sich natürlich in dem Maß verschärfen wie eine organisierter Schülerbund von Eltern und Schule als Kampfansage gegen die autoritären Inhalte in Schule und Elternhaus als Ausdruck einer autoritären Gesellschaft verstanden werden. Als Kampfansage aber wird diese Organisierung von vorneherein aufgefaßt werden. Sie wird es heute schon: der Journalist etwa, der den Passus des Rundschreibens über die SDSch-Pläne an die Presse lancierte, war der aufgebrachte Vater eines Schülers, der dieses Rundschreiben bei seinem Sohn ausgeschnüffelt hatte. Dieser Schüler hätte sich dieses Rundschreiben irgendwie verschafft.



IV. ZU DEN ERGEINISSEN IN BERLIN

1. Auszug aus "Der Tagesspiegel", Berlin , vom 11.12.1966

"Zusammenstöße mit Polizei in Berlin bei Vietnam-Demonstration

Studenten wichen von genehmigter Marschroute ab - 74 Festnahmen

Zu schweren Zusammenstößen zwischen Studenten, die gegen die amerikanische Vietnam-Politik demonstrierten, und der West-Berliner Polizei kam es gestern nachmittag vor dem Bundeshaus in der Bundesallee. Nach Mitteilung der Polizei wurden elf Personen festgenommen und 50 Plakate beschlagnahmt.Nachdem die Polizei die an diesem Ort nicht genehmigte Demonstration aufgelöst hatte, versammelten sich die Demonstranten erneut und zogen zum Wittenbergplatz, wo mehrere Redner ihrem Protest gegen die Politik und Kriegführung der USA in Vietnam Ausdruck gaben. Beim Abmarsch der Demonstranten kam es erneut zu Zusammenstößen mit der Polizei, die hier weitere Transparente beschlagnahmte. ... Die Zahl der Festgenommenen erhöhte sich im Laufe des Abends auf 74.

... Rund tausend Personen beteiligten sich an dem Protest.

Gleich nach Beginn der Demonstration am U-Bahnhof Spichernstraße wichen die Demonstranten im Laufschritt von der genehmigten Route über die Spichernstraße zum Wittenbergplatz ab und eilten auf die Bundesallee zu. In dem Park gegenüber vom Bundeshaus kam es zu ersten Zusammenstößen. Die Polizei versuchte die Demonstranten zurückzudrängen und griff dabei zum Gummiknüppel. Mehrere Personen wurden vorläufig festgenommen. Der Einsatzleiter der Polizei erklärte die Demonstration vor dem Bundeshaus für illegal. Die Demonstranten wurden aufgefordert, ihre Plakate gegen den Krieg in Vietnam einzurollen.
Die Polizeibeamten zerbrachen, als dem nicht Folge geleistet wurde, einige Plakate....

Einige Demonstranten wurden von mehreren Polizeibeamten geschlagen, als sie ihre Kommilitonen aufforderten, kleinen Gruppen zu bilden und sich zu verteilen. Offenbar wollten die Demonstranten sich in Richtung Kurfürstendamm bewegen.... Die Demonstranten waren in der Hauptsache Studenten der Freien Universität sowie Schüler und junge Arbeiter. Nach etwa einer halben Stunde löste die Polizei die Demonstration auf.

Daraufhin versammelten sich die Demonstranten erneut ... und bewegten sich zum Wittenbergplatz. Auf dem Wittenbergplatz forderte der Vorsitzende der Internationale der Kriegsdienstgegner, Vogel, die Demonstranten auf, den Rasen nicht zu betreten und auf den neuen Außenminister Brandt einzuwirken, daß "die Bundesrepublik den amerikanischen Krieg in Vietnam nicht weiter unterstützt". Das SDS-Mitglied Dutschke rief die Demonstranten zu einer"gewaltigen außerparlamentarischen Opposition" auf. Die Zeit sei reif für neue Organisationsformen der Opposition - "laßt uns sofort damit beginnen", rief der FU-Student den Demonstranten zu. ...

Weihnachtslieder und Pappköpfe
Später veranstalteten jugendliche Demonstranten auf dem Kurfürstendamm eine Art Weihnachtspolitisches Happening". Sie errichteten einen Weihnachtsbaum, der die amerikanische Fahne und das Transparent "Spießer aller Länder, vereinigt euch" trug. Pappmaché-Köpfe von Ulbricht und Johnson wurden mit benzingetränkten Strohhüten verziert und angezündet. Dazu erklangen Weihnachtslieder und es rieselte Konfetti. ....

Erklärung eines Sentassprechers
Zu den Vorfällen bei der Demonstration erklärte ein Sprecher des Senats: Berlin verurteilt das Treiben der politischen Rowdies, die sich Studenten nennen. Die Berliner sind sicher, daß sich auch die Mehrzahl der Studenten von den Rowdies distanziert. ...."

2. Auszug aus "Der Tagesspiegel", Berlin, vom 18.12.1966

"Krawalle am Kurfürstendamm
77 Festnahmen bei Demonstration von SDS-Anhängern gegen die Polizei
Auf dem stark belegten Kurfürstendamm kam es am Sonnabendnachmittag zwischen Fasanenstraße und Gedächtniskirche zu neuen Zusammenstößen zwischen etwa 200 Anhängern des Sozialistischen Deutschen Studentenbundes (SDS) und ebenso vielen Polzisten. Es wurden 77 Personen festgenommen, unter ihnen ein von der Polizei als "Haupträdelsführer" bezeichneter junger Mann. Die Festnahmen erfolgten in vielen Fällen auf Grund der Hinweise zahlreicher Kriminalbeamter, die sich unter die Menge verteilt hatten. Während ein SDS-Demonstration vor genau einer Woche noch den Charakter einer Prostestaktion gegen den Krieg in Vietnam hatte, war die Aktion am

Sonnabennachmittag auf dem Kurfürstendamm mit der erklärten Absicht inzeniert, nach dem Vorbild der Amsterdamer Provos "mit Spaß"zu zeigen, "daß die Vor- und Leitbilder unserer Gesellschaft Narren sind". Der SDS hatte in Flugblättern ferner erklärt, daß die Demonstration wende sich auch gegen die Polizei, die"als brutale Schläger dieser Demokratie" bezeichnet worden war.

Bereits kurz nach 15 Uhr nahm die Polizei an der Ecke Uhlandstraße 12 bis 15 Personen fest, ... Von dort aus zogen die Demonstranten einzeln und in kleinen Gruppen über den Kurfürstendamm ...., wobei sie unterwegs auf entsprechende Signale aus kleinen Trompeten mehrmals einen Demonstrationszug bildeten. Die Polizei versuchte immer wieder, diese Demonstration aufzulösen.

An der Ecke Kurfürstendamm/Joachimsthaler Straße kam es alsbald zu einer riesigen Menschenansammlung, die die Polizei erneut zum Eingreifen nötigte. Hunderte von Personen bildeten einen Kreis um einen Pflastermaler. Nachdem die Mehrheit der Schaulustigen sowie die Demonstranten des SDS den Aufforderungen der Polizei zum Weitergehen nicht Folge leisteten, nahm die Polizei den Pflastermaler fest. Daraufhin kam es zu erregten Auseinandersetzungen und die Polizei versuchte, mit Hilfe einer von Polizisten gebildeten Kette den Platz ... zu räumen. Dabei wurden wiederum mehrere Personen festgenommen.

Während starke Polizei-Patroullien auf dem Kurfürstendamm den Gang der Entwicklung beobachteten, kam es an dieser ... Ecke wieder zu Zusammenstößen und Krawallen. Da es mitunter schwer war, harmlose Passanten und SDS-Demonstranten auseinanderzuhalten, wurden verschiedentlich auch völlig Unbeteiligte festgenommen, ... Das offensichtlich vom SDS verfolgte Ziel, die Bevölkerung gegen die Polizei einzunehmen, schien zeitweise am Kranzler-Eck erreicht worden zu sein.

In den zahlreichen Diskussionen mit Passanten wurden die unterschiedlichsten Stimmen laut. Einzelne, nicht zu der Studentengruppe gehörende Sprecher propagierten zum Beispiel den Kampf gegen "die Ausbeutung der Arbeiter durch das Großkapital."

Gegen 17 Uhr löste sich die Ansammlung ... allmählich auf.

Ein Senatssprecher erklärte gestern zu der Demonstration: "Berlin braucht keine Provos. Berlin läßt sich nicht auf der Nase herumtanzen, schon gar nicht von Leuten, die sich Studenten nennen". "

3. Auszug aus dem "Kölner Stadt-Anzeiger" vom 19. Dez. 1966

"Berlins "Provos" fordern für die Polizisten die 35-Stunden-Woche

"Passive Demonstration" der Studenten - Knüttelreime gegen Krawalle

Von unserem Korrespondenten Walter Barthel

Wieder war der beliebteste Teil des Kurfürstendammes am Wochenende Schauplatz einer Demonstration ... Und wieder nahmdie Polizei über siebzig Demonstranten vorläufig fest. .... Auch ich befand mich einige Stunden lang in Polizeihaft, weil ich mich nicht im Laufschritt vom Bürgersteig "wegräumen"lassen wollte. Allerdings hatte ich meinen Presseausweis bewußt nicht vorgezeigt. Ich wollte einmal erleben, was den Demonstranten im Polizeigefängnis widerfährt. Dort traf ich dann auch noch Kai Hermann von der "Zeit".

... Die Fesgenommenen entpuppten sich fast allesamt als intelligenten, sich gesittet und sympatisch gebende junge Leute, die sich mit den Polizisten gut verstanden, ...

Auf dem Ku-Damm aber schien es Stunden zuvor noch ganz anders zu sein: Die Polizei - in Zivil und Uniform - gebärdete sich,als hätte sie einen Aufruhr niederzuschlagen. Es war eigentlich nichts geschehen, was die Staatsgewalt hätte herausfordern können. Dichte Trauben junger Leute flanierten lediglich auf una b,hier und da bildeten sich Diskussionsgruppen. ... Keine Sprechchöre, keine Transparente, keine Verkehrsstörung. Nichts! Bis auf Flugblätter, die freilich nur unter der vorgehaltenen Hand weitergereicht wurden; sie aber hatten es der Polizei angetan.
Denn sie riefen zum Protest gegen polizeiliches Einschreiten auf. ... So begann der kabarettreife Flublatt-Text:
"Wir fordern für die Polizisten die 35-Stunden-Woche, damit sie mehr Zeit zum Lesen haben; mehr Muße für die Bräute und Ehefrauen, um im Liebesspiel die Aggressionen zu verlieren, mehr Zeit zum Diskutieren, um den alten Passanten die Demokratie zu erklären."

Gegen versteinerte Legalität
"Wir fordern eine Gehaltserhöhung: Das Gehalt muß größer sein als der Sold der Springer-Schreiber, denn die Polizei ist die letzte Stütze der Demokratie, eines Tages wird sie als Opposition der großen Koalition in den Bundestag einziehen müssen."

Man erkennt auf den ersten Blick die Handschrift der Amsterdamer "Provos", ..., die die

"versteinerte Legalität" der heutigen Gesellschaft durch harmlos-absurde Provokationen lächerlich zu machen versuchen. In der Tat weilte Mitte der Woche ein Amsterdamer "Provo"-Führer zu einem Vortrag beim "Sozialistischen Deutschen Studentenbund" in West-Berlin, der tags darauf einen Aufruf veröffentlichte, in dem "neue Demonstrationsformen" angekündigt wurden. Es gelte: "Das Irrationale der rationalen Ordnung bloßzulegen", "durch Spaß zeigen, daß die Vor- und Leitbilder dieser Gesellschaft Narren sind."

So hieß es denn auch im Flugblatt-Text weiter, nunmehr in lustigen Knüttelreimen: "Keine Keilerei mit der Polizei. Kommt die Polizei, gehn wir an ihr vorbei. An der nächsten Ecke dann, fängt das Spiel von vorne an ... wer die Polizei anrührt, hat die Sache nicht kapiert."

Die Sache hatten offenbar alle kapiert. 200 uniformierte Polizisten rannten mit ihrem Schlachtruf: "Machen Sie die Straße frei!" immer wieder in eine lachende und völlig passive Fußgängermenge. Ließ sich ein Demonstrant dennoch einmal zu hitzigen Äußerungen hinreißen, zischte ihn die eigene Menge aus.

....

Allein, so lustig, wie sich das alles anhört, ist der politische Hintergrund nicht. Die führenden Kreise West-Berlins sind erschreckt über eine zunehmende um sich greifende politische Unruhe unter den Studenten und Jugendlichen. Die Behörde möchte jetzt ein Exempel statuieren und eine möglichst große Zahl der "Rädelsführer" von den beiden West-Berliner Universitäten verweisen, nachdem die Studentenratswahlen an der Freien Universität einen weiteren Linksdruck brachte und dort nicht mehr von einer "linksradikalen Sekte" gesprochen werden kann. Wer mehrmals bei Demonstrationen "polizeilich festgestellt" wird, gegen den soll jetzt wegen "unwürdigen Verhaltens in der Öffentlichkeit" mit administrativen Mitteln vorgegangen werden."

4. Ein völlig subjektiver Bericht - Rainer Langhans, Berlin -

Das ganze begann mit der Vietnam-Woche der Kampagne, die recht lustlos verlief, da sie eigentlich ein Pflichtpensum, erfüllte - und das ohne irgendwelche anderen Aspekte als die, daß wir ja eigentlich die Interessenvertreter für Vietnam sind, und wer würde schon außer uns was sagen darüber, daß es dort schlimm zugeht. Die Veranstaltung mit dem Botschafter war für uns eine Überraschung, da sie zeigte, daß ein großer Teil wenigstens mit unserer Argumentation so vertraut war, daß wir gar nicht mehr wußten, was wir noch sagen sollten. Diese frappierende Erfahrung war für die Vorbereitungen für den nächsten Sonnabend bestimmend - man konnte also mehr machen, als man nach dem Verlauf der Vorbereitungen bisher annehmen konnte. Die Leute, die wenigen der Studenten und Falken jedenfalls, die wir erreicht hatten, waren weiter als wir annahmen.

Für Samstag wurde mit der Polizei von der KfA für die übrigen Verbände eine Route und Zeit ausgehandelt, die Überlegungen, nicht den üblichen Trauermarsch für Vietnam unter Bedeckung der Polizei und wohlwollender Erwähnung der Springerpresse zu absolvieren, verstärkten sich. Es war eine Route durch eine völlig verkehrsarme, breite Verkehrsstraße, die von hinten an den Wittenbergplatz heranführte. Dort konnte man die Demonstranten nicht sehen und kaum hören.

Die Demonstranten wußten da, denn als sie auf dem Sammelplatz standen und sich zum Abmarsch formierten, waren die meisten von ihnen bereit sofort abzuweichen, noch ehe der Marsch richtig begann - wegen der Überraschung.

So begann es und die Polizei begann sofort brutal zu schlagen und Jagd nach Plakaten zu machen. Die Demonstranten klumpten an den Stellen wo geschlagen wurde und dadurch konnte die Polizei sie nach einer Weile, jedenfalls einen Teil von ihnen, zwingen, wieder Richtung Wittenbergplatz zu marschieren. Mehrere Gruppen wurden abgesprengt und marschierten allein und singend in verschiedenen Richtungen. Sie übten als erste die Taktik des Zerstreuens und des Wiedersammelns - sie verwandten auch die unaggressiven Mittel gegen die Polizei - sie warfen Bombons und Konfetti. Die Polizei war zunächsthilflos - wie soll ein bestreuter Polizist schlagen? Ein beworfener zog sich aber dann aus der Klemme, er brüllte

bestreut,"Körperverletzung" und griff an.

Die Marschierer kamen natürlich wie immer,bei Schlägereien schlecht weg. Die Polizei fuhr mit Mannschaftswagenvor und sackte viele von ihnen ein. Sie wurden zum Teil weit weg gefahren vom Demonstrationsort, aber waren bald wieder da. Auf dem Wittenbergplatz gab es dann eine Kundgebung - eine Flüstertüte und Polizei, die den Redner darum ersuchte, er solle die Demonstranten ermahnen, nicht den Rasen zu betreten. Die Leute im äußeren Kreis hörten nichts mehr von der Täte, in die die Redner mit hoher Stimme schrien. Es war ziemlich langweilig und man hielt sich lieber an Vorübergehende, die z. T. aggressiv reagierten. Außerdem wollte man nachher am Zuntz Kaffee trinken. Und dort rag man sich auch - ohne Marschkolonne und allmählich, es wurden einfach immer mehr, die herumstanden und sie begannen Weihnachtslieder zu singen - für die Polizei ein Grund einzugreifen. Es spielten sich ergreifende Szenen ab, aber so sind diese Demonstrationen nun einmal. Lief ein Demonstrant, hinter ihm ein knüppelschwingender Polizist - der Getroffene brüllte wutentbrannt und laut: "Johnson-Mörder" und "Amerikaner raus aus Vietnam".

Falken stellten sich an mit eingebrachten Demonstranten an die blauen Minnas und baten auch mitgenommen zu werden, was ihnennicht erlaubt wurde. Zwei Polizisten suchten verzweifelt eine Koppel, die verlorengangen war - der eine war völlig aufgelöst, ohne sie hatte er kein Interesse mehr für den Kampf. Ein Taxifahrer unterstützte uns hupend und wurde weitergewiesen von motorisierten Polizisten - er müsse doch wegen der vielen Leute langsam fahren, sagte er.

Und da war dann auch das Happening: Plötzlich stand ein Weihnachtsbaum unter den Demonstranten inmitten zweier Köpfe von Johnson und Ulbricht; der Baum war geschmückt mit der amerikanischen Flagge und Paketen an seinem Fuß - und er wollte nicht brennen. Nur der Texanerhut Johnsons (Gips) tat das. Die Polizei zerstörte das Idyll, "weitergehen!", und das, wo man doch gerade den Weihnachtsbaum besingen wollte. Sie zerstörten alles. Singen und marschieren, Sprechchöre und Straßenseitenwechseln, so ging das noch lange.
(Für Zeitungslesen: es wurden keine Steine geworfen und die Straße wurde nicht besetzt, nur die breiten Trottoirs - und die Schlägereien beginnen meist, wenn die Polizei kettenweise schiebt und einer stolpert, der ist dann dran)

Fazit: Erbeutete Demonstraten und Plakate und die übliche Presse.
Durch Flugblätter wurde dann zu Diskussionen aufgerufen - zwei stark besuchte fanden statt, die dann zum Ergebnis die nächste Demonstration für die Polizei hatten.
Als Konzeption schälte sich folgendes heraus: Die Demonstrationen waren Trauermärsche und erfolglos. Die Angst der Teilnahmer schlug in blinde Wut um, wenn die Polizei schlug. Ihre Stärke ist aber das Schlagen und vor allem die Situation des Schlagens. Unser ist die Beweglichkeit, die aber abhängig ist von der psychologischen Überlegenheit. Wer immer verliert, hat unrecht, auch vor sich selbst und Angst - und vor allem: er resigniert. Wenn er aber einen Erfolg erreicht, und wenn auch nur den, sich bewegenzu können, wie es ihm gefällt wenn es ihm dann auch noch Spaß macht, ist das für ihn ein Erfolg. Und es ist mehr, es ist ein politischer Beweis für die Möglichkeit, daß auch Minderheiten Chancen haben, wenn auch zunächst nur auf der Straße. Wie kann man aufklären, wenn man täglich für sich selbst und vor anderen wiederlegt wird durch Gewalt. Richtiges wird

Ich würde sagen, das Ganze hat sich eingeführt und man könntesich vorstellen, daß man so etwas häufiger und dann auch gezielter und später mit traditionell politischen Themen macht. Jetzt könnten vielleicht auch einmal irgendwelche Minderheitsgruppen oder Happenisten was machen - man müßte ihnen nur helfen und ihnen erklären, daß es keinen Sinn hat, auf die Zeitungen zu schielen oder auch immer nur auf Wirkung bedacht zu sein - es muß ihnen selber was gelingen, so daß es ihnen gefällt und das wird halt, deswegen sind es wahrscheinlich Minderheiten, zunächst nur ihnen gefallen. Aber das ist immerhin unaggressiv und vielleicht überzeugend - denn warum sollten sie nicht, man kann ja weitergehen, wenn es nicht gut ist.

Ich glaube, daß Politisierung zunächst von seiten der kleinen Gruppen und auch von seiten der Berliner (Wir Berliner) heißen muß, Stellung und positive Entscheidung der Machtfrage in öffentlichen, aber unwichtigen Dingen. Sie ist vielleicht die einzige Möglichkeit, Öffentlichkeit vielleicht auf für wichtige Dinge zu finden. Ausbrecher und Hertieknacker haben recht und Sypathie sogar bei der Bildzeitung, solange sie es schaffen, diese Frage für sich zu entscheiden. Der in sie gesetzten Hoffnung wird aber dann umso schlimmer eins versetzt, wenn sie wieder verlieren. Geschieht ihnen recht und das wäre ja noch schöner, ehrlich währt eben doch am längsten usw. Andererseits, der nie gefaßte Dieb bezahlt mit Anonymität, ihn gibt es nicht mehr. Wir wären da günstiger dran, denn systematische Sympathien sind dann öffentlich und man kann sich an sie wenden. Sie gibt es und man kann sich davon überzeugen und mitmachen ohne Resignation und Risiko, z.B. einkaufen und diskutieren oder zuschauen am Ku- Damm. Das wäre viel, aber erreichbar.

dadurch falsch, daß es machtlos ist und ein Lobby, die ewigen Querulanten nur immer verbissen dafür mit den Zähnen knirschen. Was also tun: Sich etwas einfallen lassen auf dem Ku-Damm, Konzentrieren und dezentralisieren, keine Schlägereien, sondern sickern, singen, nicht brüllen, wer kann schon etwas gegen Passanten und Einkäufer machen, es war ja vorweihnachtlicher Samstag.

So ging es denn auch, diesmal mit politischer Polizei und unter Leitung derKripo. Zivilisten schnappten sich mit Gewalt bestimmte Leute von der Straße weg, die zum Teil nichts getan hatten, aber bekannt waren. Außerdem auch solche, die entweder irgendwie eifrig diskutierten oder gar noch irgendwelche Plakate trugen und immer nur dann, wenn sie wie Studenten aussahen, denn man wollte offensichtlich eine bestimmte Quote Studenten wieder haben, da Krakeeler und Rowdies eben nur FDJ oder Studenten sein können siehe Senatserklärung: Westberlin braucht keine Rowdies, die sich Studenten nennen, sondern junge Menschen, die verantwortungsvolle am Staate mitarbeiten oder so ähnlich. (Von der FDJ und SED ist man mittlerweile abgekommen - das zieht nicht mehr) Im Gefängnis wurde deshalb einer im guten Anzug: "Sie gehören doch sicher nicht zu denen da", trotz mehrmaligen Leugnensaus dem Gefängnis geworfen. Ältere Herren konnten noch so viel rumbrüllen, wie sie wollten, sie wurden nicht mitgenommen (für Anekdoten noch die "Zeit" Nr. 52 von Kai Hermann und den Kölner Stadt-Anzeiger vom 18./19.12.66, die die besten A-rtikel enthalten - die beiden waren die miteingesackten Journalisten).

Trotzdem nahm die Polizei diesmal viele Passanten mit und schlug sie auch, denn es wurde diskutiert zumeist von und mit Passanten. Es bildeten sich große Klumpen, die jeweils um einige Debattanten herumstanden und die Polizei kämmte mit der Besatzung eines Mannschaftswagens mehrere Male über den Bürgersteig mit der Aufforderung:"Weitergehen, nicht stehenbleiben!". Die Leute, die das schon wußten, verteilten sich jeweils und bildeten durchlässige Spaziergängermengen. Sie formierten sich dann immer wieder neu nach den Manövern und diskutierten weiter - es war beinahe eine Konvention. Happenings gab es keine, versucht wurde es nur bei einer Evangelisationstruppe, die Musik und Worte machte zu den Jungen Menschen am Weihnachtsfest. Aber es ging noch nich sehr gut - die Übung beschränkte sich auf das Beweglichsein.

Im Gefängnis wars dafür lustiger, da sich die Festgenommenen auf den Fluren aufhalten mussten. Man tanzte und agitierte, es wurde eine Hungerrevolte gemacht und mit Polizisten gesprochen. Ein Schauspieler, der am Abend im Faust spielen sollte war dabei und zwei Journalisten, auch Spaziergänger, die schnell merkten, daß die Polizei an der Misere schuld war, nicht diese Querulanten. Ein Polizist sagte im vertraulichen Gespräch, daß er den Kommunismus eigentlich ganz gut fände, nur eben nicht den Ulbricht'schen, und er bat einen Festgenommenen, ihm, wenn man am Weihnachtsabend was machen wolle, doch vorher eine Karte zu schreiben - da könne er vorher noch zu Hause krank machen. Als allerdings einer anfing, die Strategie für die nächsten Aktionen mit den Mitgefangenen zu diskutieren, wurde er in eine Einzelzelle gesteckt.

Alle wurden nach etwa 5 - 9 Stunden wieder freigelassen, aber ihre Namen der Universität mitgeteilt, damit sie ein Disziplinarverfahren einleiten kann.
So wie die Demonstration begann, so endete sie auch - vom langsamen Mehrwerden am Samstagnachmittag, wo man häufig auf dem Ku-Damm spazieren geht und schon mal Zeit hat, wurde es weniger gegen 18 Uhr, wo man nach Hause geht und was ißt oder sich aufwärmt. Zwischendurch kann man ohnehin ins Café gehen.

<u>Verschickt an die Berliner SDSler</u>

Genossen,

am letzten Samstag ist eine Menge schief gegangen. Wir haben schlecht demonstriert, und die Polizei hat uns dafür verprügelt. Viele von uns wollten sich in einem Machtkampf gegen die Polizei durchsetzen. Sie haben sich dabei die Formen der Auseinandersetzung von der Polizei vorschreiben lassen. Die kann aber besser prügeln als wir.

Einige meinen, daß die Demonstration deswegen daneben ging, weil sie nicht ordentlich genug verlief. Viele haben gemerkt, daß sie noch nicht unordentlich genug war. Die Stärke der Polizei ist die Ordnung, die sie aufrecht erhält. Unsere Stärke ist die Unordnung, die uns beweglich macht.

Unsicherheit macht uns unbeweglich. Wir müssen uns also zu der Unordnung was überlegen, damit wir uns zurechtfinden können. Wenn wir Angst haben, verkrampft sind, nicht mehr lachen können, müssen wir einpacken. Wir wollen aber auspacken.

Nur wer zu Hause was eingepackt hat und es am Kurfürstendamm richtig auspackt, wird nicht eingesackt.

Ein paar Vorschläge:

Jeder darf alles sammeln, wenn er sich eine Büchse macht. Z.B. für: "Warme Wäsche für die Polizei", "Sturmfeste Kerzen für die Mauer", "Feilen für die Hertie-Knacker", "für Hundekackplätze in allen Bezirken".

Niemand ist es verboten, ein Weihnachtspaket so zu zeigen, daß viele Passanten sich dafür interessieren. Man kann es z.B. hinstellen und sie reinsehen lassen, ohne daß gleich ein Auflauf entstehen muß.

Alle haben neben der Pille, neben Liebesperlen, Bonbons und Parisern auch Konfetti und Luftschlangen mit, um sich die Zeit auch ohne Polizei vertreiben zu können.

Weihnachts- und Nationalhymnen dürfen überall erklingen.

Wo gibt es eine schönere Spielwiese als auf dem Kurfürstendamm zwischen Kranzler und Cinema Paris.

Gott säge und verhüte Euch bis Sonnabend
17. 12. 15 UHR

Die Unordnung soll die Polizei durcheinanderbringen, nicht uns.

<u>Verteilt auf der Demonstration</u>

<u>Wir fordern für die Polizei:</u>

DIE 35-STUNDEN-WOCHE,

damit sie mehr Zeit zum Lesen haben, mehr Muße für die Bräute und Ehefrauen, um in Liebesspielen die Aggressionen zu verlieren, mehr Zeit zum Diskutieren, um den alten Passanten die Demokratie zu erklären.

WIR FORDERN EINE MODERNE AUSRÜSTUNG FÜR DIE POLIZEI,

statt des Gummiknüppels eine weiße Büchse, in der sich Bonbons für weinende Kinder befinden und Verhütungsmittel für Teenager, die sich lieben wollen.

WIR FORDERN EINE GEHALTSERHÖHUNG:

Das Gehalt muß größer sein als der Sold der Springer-Schreiber, denn die Polizei ist die letzte Stütze der Demokratie, eines Tages wird sie als bewusste Opposition der "Großen Koalition" in den Bundestag einziehen müssen.

Deshalb sagen wir:

KEINE KEILEREI
MIT DER POLIZEI!

KOMMT DIE POLIZEI, GEHN WIR AN IHR VORBEI.
AN DER NÄCHSTEN ECKE DANN, FÄNGT DAS SPIEL VON VORNE AN.

ÖFFNEN WIR DIE ROTWEINFLASCHE,
BLEIBT DER KNÜPPEL IN DER TASCHE.

DIE POLIZEI BRAUCHT EINE MUSSE:
WIR DENKEN AN BEATE UHSE.

WER DIE POLIZEI VERÄRGERT,
WIRD IM GEFÄNGNIS EINGEKERKERT.

WER DIE POLIZEI BESCHIMPFT,
BLEIBT EIN LÄCHERLICHER PIMPF.

WER DIE POLIZEI ANRÜHRT,
HAT DIE SACHE NICHT KAPIERT.

(Sollte die Polizei trotzdem zuschlagen, singen wir alle:)

IHR KINDERLEIN KOMMET
O KOMMET DOCH ALL!
ZUM KUDAMM HERKOMMET:
POLIZEI MACHT KRAWALL!
IHR SEHT, WAS IN DIESER HOCHHEILIGEN STADT
DER REGIERENDE PFARRER FÜR DIENERLEIN HAT.

---

5. Resolution zur Politik des SDS Landesverband Berlin

I

Der SDS hat seiner Tätigkeit im Laufe der letzten Jahre vornehmlich zwei funktionsbestimmte Definitionen gegeben: er sei die einzig intakte sozialistische Organisation in der BRD - und er sei in der BRD insgesamt nur so stark wie an der Hochschule. Die Klammer zwischen diesen beiden Bestimmungen sollte der Satz sein, daß er keine Ersatzpartei sei. Den einzelnen Gruppen des SDS und insbesondere ihren Mitgliedern genügte diese Klammer in ihrer Arbeit nicht, um die Spannung zwischen diesen beiden Funktionsbestimmungen auszuhalten. Sie begriffen ihre Aufgaben und entsprechend ihre Schwerpunktbildungoder Spezifizierung (sei es als "Notstandspolitik","Vietnam-Arbeit", etc.) soweit sie über die "engere" Hochschulpolitik hinausgehen, oftmals als Aufgaben einer weiterreichenden sozialistischen Politik, als ein Erbe, das der SDS wohl oder übel zu verwalten habe. Entsprechend die Differenz zwischen den einzelnen Gruppen: Man konnte fast von Notstands-SDS-Gruppen, Vietnam-SDS-Gruppen, Theorie-SDS-Gruppen sprechen. In den großen Gruppen entsprechend das Nebeneinanderherarbeiten in Konvent, Not-

standsausschüssen, theoretischen Arbeitskreisen etc., das mit Arbeitsteilung nichts mehr zu tun hatte, weil ihm die gemeinsame politische und permanent diskutierte Zielbestimmung fehlte.

Die plitischen Vorgänge der letzten Wochen und Monate sowohl an der Universität als auch im Zusammenhang mit der Großen Koalition führten uns diesen Mangel klar vor Augen. Die Erfahrung mit den im wesentlichen vom SDS initiierten, zum Teil nur von ihm getragenen Aktionen und die sich nur sehr langsam herausbildende Koordinierung der außerparlamentarischen Opposition verweisen den SDS mehr denn ja auf eine präzisere Ausarbeitung seiner hochschulpolitische Konzeption und damit auf eine prinzipielle Klärung seiner organisatorischen Grundlagen.

II

Die Denkschrift des SDS zur Hochschulpolitik (Hochschule in der Demokratie) stellt der bestehenden Universität das Modell einer demokratischen Universität kritisch gegenüber. Nicht zuletzt die Tatsache, daß der SDS damit eine Analyse der Struktur und der gesellschaftlichen Funktion der Hochschule und damit zugleich des Arbeitsplatzes des Studenten vorlegen konnte, hat dazu beigetragen, daß die hochschulpolitische Konzeption des SDS über den SDS hinaus beispielgebend wurde und daß Mitglieder des SDS als Studentenvertreter großen Einfluß auf die Studentenpolitik gewannen. Jedoch gerade Ereignisse wie das Sit-in vom 22./23. Juni 1966 an der FU, das die Analyse bestätigte und zeigte, daß die Studenten die Forderungen des SDS zu der ihren gemacht hatten, offenbarten zugleich die Gefahr eines Mißverständnisses dieses Konzepts. Denn es wurde einmal mehr deutlich, daß eine Hochschulpolitik, die sich Demokratisierung zum Ziel gesetzt hat, aus schon in der Denkschrift genannten Gründen scheitern muß. Die Analyse hatte gezeigt, daß es keine politische Kraft gibt, die den tatsächlichen Veränderungsprozess der Universität aufhalten könnte, der aus Kompromissen zwischen den auf Technokratisierung dringenden industriellen und ministerialbürokratischen Interessen und den auf Konservierung der bestehenden Universität bedachten Ordinarien resultiert, und auch keine Kraft, die Träger einer Entwicklung zur demokratischen Universität werden könnte.

Darüberhinaus ist die Krise der Universität als ein exemplarisches Moment der allgemeinen Strukturkrise der westdeutschen Gesellschaft am Ende ihrer Rekonstruktionsperiode zu begreifen. In der Krise der Universität wird sichtbar, daß die aufgrund der sinkenden Wachstumsraten notwendig gewordende "kapitalistische Strukturplanung" nicht davor zurückschreckt, bisher relativ autonome Bereiche der pluralistischen Phase in den Bereich staatlicher Reglementierung einzubeziehen. Diese Universitätskrise zeigt schon heute, daß die "kapitalistische Strukturplanung" die Wissenschaft als Produktivkraft den Gesetzen der kapitalistischen Profitmaximierung entsprechend rationalisieren muß. Versuche der progressiven Assistenten und Professoren, auf der Grundlage der politischen Autonomie der Universität, demokratische Formen der Ausbildung durchzusetzen, geraten dazu zusehends in Widerspruch. Die progressiven Kräfte im Lehrkörper können auf diesen Kontakt nur antworten, indem sie die demokratische Massenaktion der Studentenschaft unterstützen.

Diese Aktion ist nicht Mittel zur Verwirklichung der demokratischen Universität, sondern ist zunächst Politisierung der Studentenschaft in der Auseinandersetzung mit den tradierten Autoritäten, die über sie am Arbeitsplatz bestimmen. Die Transformierung der alten Universitätsstruktur in eine Instanz der "kapitalistischen Strukturplanung", führt zu Kompromissen zwischen den universitären und den gesellschaftlich herrschenden Bürokratien auf dem Rücken der Stu-



dentenschaft. In der Auseinandersetzung mit dersich anpassenden Universität wird die Studentenschaft konfrontiert mit den Ansprüchen der Gesellschaft an die Wissenschaft. Diese Konfrontation ist als Prozess politischen Lernens, der die Stellung der Universität in der Gesellschaft und die Gesetzmaßigkeit dieser Gesellschaft selbst den Studenten begreifbar macht, die einzige derzeit zu verwirklichende Form der demokratischen Universität.

III

Deswegen ist das gegenwärtige Problem der Hochschulpolitik des SDS in Berlin, aus den einzelnen Protestaktionen eine Politik der permanenten Universitätsrevolte zu machen. Notwendige Bedingungen einer solchen Politik sind:

1. Der SDS kann sich weder mit den Instituionen (Studentenvertretung, Kommissionen, etc.) kritiklos identifizieren, noch kann er aus Furcht vor Integration es ablehnen, in diesen zu arbeiten. Vielmehr kann erst die Arbeit in den Institutionen den Widerspruch zwischen dem wissenschaftlichen und demokratischen Anspruch der Universität und ihrer Wirklichkeit in die Konflikte verwandeln, in denen sich die irrational gewordene Autorität selbst entlarvt.

2. Da es konstitutives Moment einer solchen Politik ist, Ergebnisse theoretischer Kritik zum Gegenstand praktischer Erfahrung zu machen, müssen sich alle Aktionen aus der Krise der Universität entwickeln und mit einer möglichst breiten Front der Studentenschaft geführt werden. Die praktische Kritik der Instiutionen in Universität und Gesellschaft unter der Perspektive ihrer Negation kann sich nurals öffentliche Kritik durch demokratische Massenaktionen auf dem Campus vollziehen.

3. Die durch den Konvent und die Institutsvertretungen allein nicht herzustellende Öffentlichkeit kann nur durch politische Massenaktionen der Studentenschaft auf dem Campus geschaffen werden. Diese Form der Öffentlichkeit ist unerlässliches Element des politischen Lernprozesses, der die Selbsttätigkeit der Studenten zum Ziel hat, und ist Bedingung für die Möglichkeit der Weiterarbeit in den Institutionen.

4. Die inhaltliche Ausarbeitung dieser Politik muß der gründlichen Diskussion unseres Verbandes unterliegen. Denn erst ihr öffentlicher Charakter macht sie immun gegen Denunziation und damit unanfällig gegen die Gefahr, den öffentlich auszutragenden Konflikt aus ihrem Zentrum zu verlieren. Deshalb kann eine Politik, die bereits von ihrer Konzeption her den SDS innerhalb der Studentenschaft dadurch isloiert, daß sie nur eine Minderheit der Studenten ansprechen will, nicht die Möglichkeit unserer Hochschulpolitik ausschöpfen.

Die Hochschulpolitik ist nicht nur die originäre Praxis des Verbandes, sondern zugleich ein Modell für politische Praxis in anderen Sektoren der Gesellschaft. Denn nur in dem Maße, wie die Hochschulpolitik des SDS von großen Teilen der Studentenschaft aufgenommen wird, wird der Modellcharakter dieser Politik auch von der sich organisierenden außerparlamentarischen Opposition in anderen gesellschaftlichen Bereichen begriffen werden. Der Erfolg dieser Strategie bemißt sich nicht allein an den zugestandenden Mitbestimmungsrechten, an der Verhinderung reaktionärer Reformen, sondern an der in diesem Kampf zu gewinnenden Solidarisierung und gemeinsamen politischen Aktion der verschiedenen oppositionellen Gruppierungen in der Gesellschaft.

Nur insofern der SDS an der Hochschule seine politischen Positionen darstellt und seine politische Funktion realisiert, kann er seine anderen wichtigen Randfunktionen unter verschärften gesellschaftlichen Bedingungen den eigenen Möglichkeiten und der jeweiligen politischen Relevanz entsprechend besser erfüllen; seien diese Randfunktionen nach Maßgabe der gesellschaftlichen Entwicklung nun als Kampf gegen die Notstandsgesetze, als Enthüllung der Rolle der Großen Koalition im entfunktionalisierten Parlamentarismus oder als Überwindung des bloß moralischen Protestes gegen den Krieg der Amerikaner in Vietnam zu verstehen.

IV

Die hier dargestellte Politik wird im Zuge ihrer Verwirklichung notwendig organisatorische Konsequenzen hervorbringen. Umso gebotener ist es, daß wir unsere Arbeit und unsere Vorstellungen nicht bloß diskutieren, sondern daß die Diskussionsergebnisse stets den Charakter durchsetzbarer Verbindlichkeit haben. Politische Passivität einer Teils der Mitglieder unserer Organisation stellt zunehmend den Fortschritt der Organisation insgesamt infrage. Ebenso kann eine Teilniederlage aufgrund irgendeiner nicht vom ganzen Verband getragenen Sonderaktion zehn Teilerfolge zunichte machen. Aufgrund der hier dargelegten Prinzipien muß der SDS das Verhalten einiger seiner Mitglieder gegen Ende der AStA-Veranstaltung am 26.11.1966 in der FU verurteilen.

Der Landesvorstand und der Politische Beirat und letztlich die Mitgliederversammlung sind Zentrum der theoretischen Diskussion und politischen Aktion des Verbandes. Der Landesvorstand ist darum verpflichtet, sich von Aktionen, die von Mitgliedern durchgeführt werden, ohne vom Politischen Beirat und vom Vorstand diskutiert und gebilligt zu sein, zu distanzieren, sofern sie den von den Mitgliedern gemeinsam erarbeiteten Prinzipien widersprechen. Die Mitgliedschaft der an solchen Aktionen Beteiligten kann vom Vorstand sofort suspendiert werden. Zum Zweck der Beschlussfassung über die Konsequenzen, die aus deren Verhalten zu ziehen sind, ist eine außerordentliche Landesvollversammlung einzuberufen.

Angenommen auf der Landesvollversammlung des SDS Landesverband Berlin am 7. Januar 1967

V. Erich Eisner (SDS München)

- Zu Dutschkes Literaturverzeichnis -

Rudolf Dutschkes Literaturverzeichnis "Des revolutionären Sozialismus von Karl Marx bis in die Gegenwart

Was an diesem Literaturverzeichnis zuallererst auffällt, ist das inhaltliche Ungleichgewicht, das zu dem anspruchsvollen Titel in einem gewissen Widerspruch steht. In dem Literaturverzeichnis fehlen Werke von Clara Zetkin, Ernst Thälmann, August Bebel (wenigstens seine Autobiographie wäre erwähnenswert gewesen) und die g e s a m t e , äußerst reichhaltige und umfangreiche Literatur aus der D D R. Freilich, was soll ein Rudolf Dutschke mit dem bekanntlich primitiven Thälmann oder mit der Zonenliteratur? Es sind aber auch keine Werke von Karl Liebknecht, Rosa Luxemburg oder Franz Mehring angegeben, auch fehlen solche interessante und nicht nur historisch wichtige Autoren wie Levi, Brandler, Thalheimer ... Wenn dann am Ende der Bibliographie auch keine Schrift von Mao-Tse-tung angegeben ist, dann kann man nicht

mehr darüber hinwegsehen, daß dieses Literaturverzeichnis in bezug auf marxistisch-leninistische Autoren extrem unterernährt ist.

Rudolf Dutschke hat den so gewonnenen Platz freilich genützt; neben einigen Renegaten und Antikommunisten (wie R. Löwenthal, H. Weber usw.) sind vor allen Dingen vertreten: Kropotkin, Nettlau, Bakunin, Malatesta und einen ganzen Schwarm von Anarchisten.

"Kann der Anarchismus nun eigentlich für uns noch etwas bedeuten, ist er nicht durch Marx für alle Zeiten widerlegt worden" fragt Dutschke. Er antwortet auch gleich: "Wir glauben nicht, denn in einer Zeit der sich verstärkenden und verselbständigenden zentralisierten Staatsbürokratien scheint uns die bei Bakunin im Mittelpunkt der Theorie und Praxis stehende Frage der Abschaffung des Staates, der u n m i t t e l b a r e n (vom Verf. gesperrt) Beseitigung desselben, der erneuten Aufarbeitung durchaus wert".

Um auch dem Leser diese Aufarbeitung zu erleichtern, werden wichtige Originaltexte bedeutender Marxisten ganz oder zugunsten einiger Biographien von der "Aufarbeitung" ausgeschlossen. Dutschke rollt die Auseinandersetzung Marx - Bakunin nicht bloß neu auf, er entscheidet sie auch gleich.
"Briefe an Kugelmann" ? "Revolution und Konterrevolution" ? "Der Bürgerkrieg in Frankreich" ? "Kritik des Gothaer Programms" ? Oder wenigstens "Lohn, Preis, Profit" ? Natürlich keine "Literatur des revolutionären Sozialismus".
Oder "Der große deutsche Bauernkrieg", "Der Ursprung der Familie...", "Die Entwicklung des Sozialismus von der Utopie.."?

Ach, diese jämmerlichen "Engelschen Mißdeutungen des Historischen Materialismus". Auf dieser Grundlage ist die "Aufarbeitung" gesichert. Lenin? Ja, doch, die "Volksfreunde" als "Marxrezeption in Rußland". Und sofern man die Geschichte der Oktoberrevolution studieren will.

Im Grunde kann die Auswahl der Literatur nicht einmal annähernd der von Dutschke selbst gestellten Aufgabe gerecht werden, nämlich der "Aufarbeitung" der Entwicklung des Sozialismus. Es ist schlimm, daß in einer offiziellen Veröffentlichung des SDS Rudolf Dutschkes Feierabendlektüre unter dem Titel "Literaturverzeichnis des revolutionären Sozialismus" erscheinen kann. Ich bin mir darüber klar, daß das eigentliche Problem nicht durch die Aufzählung einiger der vielen Mängel des Literturverzeichnisses gelöst wird; ich zähle diese Mängel nur auf, um einer unkritischen Haltung diesem "Literaturverzeichnis" gegenüber vorzubeugen. Was wir dringend brauchen, ist die ausführliche Diskussion - auf der Basis geschichtlicher und aktueller Erfahrungen, auf der Basis einer Analyse des Kapitalismus in Westdeutschland - über die Grundlagen und die Ziele des revolutionären Sozialismus.
Diese Diskussion wäre nicht nur aktuell im Interesse des Berliner SDS (wenn auch der Berliner SDS besonders anschaulich die Notwendigkeit dieser Diskussion beweist), sondern sie notwendig, um überhaupt zu einer Klärung der Aufgaben einer sozialistischen Intellektuellenorganisation und zu einer Umgrenzung der "allgemeinen Bewegung" (als deren Teil sich ja der SDS andauernd - beschließt) zu kommen.

Wir sollten diese Diskussion in der Mitgliederkorrespondenz führen.

VI. PATHOLOGICA

Diese "Warnung" ist uns von einem Genossen aus unserer Organisation zugegangen. Wir veröffentlichen sie, weil der Schreiber so sehr großen Wert darauf legte. Wer die angesprochenen und ähnlichen Schriften kennt, wird über den intendierten Charakter der Warnung lächeln. Zu sehr liefert sie sich dem Mummenschanz dieser Schriften, die nur Nachrichten aus dem Irrenhaus oder von Verfassungsschutzorganen sein können, aus. Wenn der Bewußtseinsstand des letzten SDS-Genossen einmal so weit heruntergekommen sein wird - und entsprechend die Schulung im SDS -, daß er dieser Warnung bedürfte, wird die "Korrespondenz" nicht mehr erscheinen. Diese "Warnung" dient so als Warnung davor!

RR/PG

Warnung vor Fälschungen

In letzter Zeit sind einige seltsame neue Publikationen erschienen; z.B.:
"Sozialistisches Deutschland", Organ der "Marxistisch - Leninistischen Partei Deutschlands", "MLPD".

In diesen Schriften wird - in pseudolinker Terminologie - fast nur zusammenhangloser Unsinn gedruckt. Es werden erfundene Mao Tse-tung Zitate verbreitet; zum Hauptgegner wird die DDR und Walter Ulbricht (revisionistisches Ungeheuer) erklärt.
Die Schriften sollen die Sozialisten, an die sie "illegal" verschickt werden, verwirren und desorganisieren. Außerdem dienen sie dazu, die marxistischen Kräfte zu diffamieren und als Idioten erscheinen zu lassen..
Nach unseren Infromationen sind die Schriften der "MLPD" vom Verfassungsschutz produziert und verschickt.

"National Construction"

Diese Schrift wird aus Hongkong versandt. "National Construction" (nicht zu verwechseln mit "China Reconstructs") ist, wenn man dem Impressum glaubt, in der Volksrepublik China gedruckt. Der Inhalt erweckt den Eindruck, als bereite die chinesische Volksbefreiungsarmee den Einmarsch in andere Länder vor, als übten sich die chinesischen Kinder im Massakrieren wehrloser Gefangener und als hielten die Chinesen die anderen Völker Asiens, Afrikas und Lateinamerikas für "dumm, stinkend und zurückgeblieben".

In einer Fußnote auf S. 1 heißt es:
"Adolph Hitler was 5'6 '' tall and weighed 143 pounds. He was renowned for his spell - binding oratory, realitions with women and annihilation of a minority people. In his last years he suffered from insanity and delusions of grandeur. Chairman Mao is taller and heavier".
Oder:
"Life and tradition or t radition and life as Chariman Mao stated, are two main streams proceeding along parallel paths while diverging, crossing, and creating counter currents and whirlpools. This phenomenon was first discovered by comrade Chin Chi-lo in 221 B.C. when he tried to swim across the Yangtse..."
"Africa: ... working here as the vanguard of our revolution.. The blacks here, for example have little or no interest in certain products of our great motherland such as banjos and toys. They even resented it, when we insisted unpon naming the textile mill, whisch chinese labour built, the Mao Tse-tung Mill. Being a rural nation and backward, they also failed ..."

Nach einer Auskunft von "Guazi Shudian" gibt es keine chinesische Publikation mit dem Namen "National Construction".
Die Fälschungen werden leider nicht sofort und überall erkannt und können deshalb gelegentlich Verwirrung stiften. Manche machen sich auch ein Vergnügen daraus, aus derartigen Schriften zu zitieren. Wir bitten alle Genossen und Freunde um Vorischt gegenüber derartigen Publikationen und gegenüber Artikeln und Schriften, die aus derartigen Publikationen zitieren.